Einzelnummer 30 Pfg.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2,— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postscheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 195 | Dienstag, den 23. August 1921 | 12. Jahrgang

Was wird aus den Versprechungen des Senats?

Die Aufbesserung der Löhne und Gehälter bei den deutschen Reichsbehörden.

Berlin, 22. August. Wie W. T. B. von zuständiger Stelle hört, haben die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichsbehörden zwecks Aufbesserung der Gehälter und Bezüge heute begonnen und werden morgen fortgesetzt.

Berlin, 23. August. Bei den gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die von den Beamtenverbänden und Gewerkschaften erhobenen Gehalts- und Lohnforderungen wurden auf Wunsch der Organisationen Unterausschüsse gebildet, in denen Vertreter der großen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, des Deutschen Beamtenbundes und des Reichsfinanzministeriums die Einzelfragen durchberaten werden.

Aehnliche Maßnahmen hat bekanntlich auch der Danziger Senat in seinem Aufruf anläßlich des Generalstreiks angekündigt. Wir sind gespannt, wie lange wir noch auf den ersten Anschein einer Verwirklichung der damals gemachten Versprechungen werden warten müssen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sind doch der Hebel des gesamten Wirtschafts- und Verkehrslebens, und ihren nur allzu berechtigten Forderungen gegenüber muß sich auf die Dauer auch die auf Schupo und sonstigen Terror und auf eine unendlich verlogene Pressehetze gestützte Senatsdiktatur als ohnmächtig erweisen. Jeder weitere Aufschub muß jetzt katastrophale Wirkungen haben.

Die neuen Lohnforderungen im deutschen Bergbau.

Am 19. August fanden in Berlin Verhandlungen über die Lohnfrage im Bergbau statt. Die Forderung der Arbeiter auf Lohnerhöhung im Betrage von mindestens durchschnittlich 12 Mk. je Mann und Schicht wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Eine Konferenz der Vertreter sämtlicher Arbeitnehmerorganisationen beschloß am 20. August, ein Schreiben an die Arbeitgeber zu senden, in denen die Arbeiterforderung erneut erhoben und eine Frist zu deren Erfüllung bis 1. September gestellt wird.

Die Haltung Japans in der oberschlesischen Frage.

Paris, 22. August. Vicomte Ishii, der Vorsitzende des Völkerbundrates, wird am Freitag in Genf erwartet. Der Havasvertreter in Genf teilt mit, daß die Vertreter Japans im Obersten Rat sowie im Völkerbundrate sehr überrascht waren über die Art und Weise, wie die Stellungnahme Japans angesichts der oberschlesischen Frage beurteilt wurde. Man bestreitet vor allem, daß der japanische Vertreter im Obersten Rate, Baron Hajashi, offen für eine der sich gegenüberstehenden Auffassungen Partei ergriffen habe. Die japanische Vertretung werde in den Beratungen über die oberschlesische Frage vollständige Urteilsfreiheit haben.

Oppeln, 22. August. Der „Temps" vom 21. d. Mts. bringt an auffälliger Stelle die Meldung, daß im Kreise Groß-Strehlitz in Oberschlesien bisher 60 Polen, die nicht an dem Aufstand teilgenommen hatten, von den Deutschen ermordet worden seien. — Wie vorauszusehen war, haben die amtlichen Ermittelungen ergeben, daß diese nachweislich auf böswillige Ausstreuungen von polnischer Seite zurückzuführende Behauptung jeder Grundlage entbehrt. Wie festgestellt werden konnte, stammt diese ungeheuerliche Behauptung von dem polnischen Kreisbeirat des Kreises Groß-Strehlitz.

Der Kampf gegen deutschnationalen Militarismus.

Wie der „Berl. Lokalanz." mitteilt, hat der Reichswehrminister den Angehörigen der Reichswehr die Teilnahme an dem deutschen Frontkämpfertag, einer Veranstaltung, die vom Nationalverband deutscher Offiziere und dem Verband national gesinnter Soldaten ausgeht, heute im Stadion im Grunewald bei Berlin stattfinden soll, in Uniform verboten. Als Grund dieser Maßnahme wird angegeben, daß gemäß § 36 des Reichswehrgesetzes der Nationalverband deutscher Offiziere eine Vereinigung sei, die für die Angehörigen der Reichswehr verboten sei. Wie das Blatt weiter hört, ist auch bei der Schutzpolizei ein Befehl im Umlauf, wonach auch den Angehörigen der Schutzpolizei die Teilnahme am Frontkämpfertag verboten wird.

Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl." aus Braunschweig haben wegen der Entlassung von 54 Beamten der Braunschweiger Schutzpolizei, die dem „Stahlhelm" angehörten, die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Graf Westarp, Hergbt und Dr. Hötzsch an die Reichsregierung die Anfrage gerichtet, was sie gegen die „willkürliche und ungesetzliche Entlassung der Schutzpolizei" durch die Braunschweiger Regierung zu tun gedenkt.

Der Hinweis auf die angeblich „willkürliche und ungesetzliche Entlassung" der „Stahlhelm"-Jünger aus dem braunschweigischen Staatsdienst zeigt erneut die ganze Unverschämtheit der deutschnationalen Agitation. Die Herren Antragsteller offenbaren mit ihrer Anfrage eine so erstaunliche Unkenntnis der in der deutschen Republik bestehenden Gesetze und Verordnungen, daß ihre Eignung als Abgeordnete in einem höchst blamablen Lichte erscheint. Der sozialistischen Regierung Braunschweigs können solche Anfragen nur als Ansporn dienen.

Memel als litauisches Austauschobjekt für Wilna.

Königsberg, 22. August. Mit der Ernennung des Regierungsrates Stepputat aus Gumbinnen zum besoldeten Präsidenten des Memeler Landesdirektoriums hat sich der neue Kurs der Entente offenbart. Immer mehr machen sich die Pariser Kulissenschieber bemerkbar, deren Arbeit dahin geht, das Memelgebiet als Austauschobjekt in den polnisch-litauisch-Wilnaer Streit hineinzuziehen und damit den großlitauischen Wünschen auf Zuteilung dieses Landes und Ueberweisung eines eigenen litauischen Hafens in Memel zu entsprechen. Die Deutschen des Landes sind trotz ihrer überwiegenden Mehrheit gegenüber einem solchen Machtvorhaben Frankreichs ohne wirksame Gegenmittel. Die Entwickelung der Verhältnisse in neuerer Zeit läßt heute deutlicher denn je die Gefahr erkennen, die dem Memellande für die nächste Zukunft blühen dürfte. Die Besatzungsbehörde begünstigt in allzu deutlicher Weise die litauischen Wünsche und hofft, damit dem polnisch-litauischen Streitfall im Wege des Austauschverfahrens ein Ende zu bereiten. Die Mehrheit des Memellandes ist auch hier wieder vergewaltigt, indem einem verhältnismäßig geringen Teile der Bevölkerung, der dem großlitauischen Kreise nahesteht, seitens der Entente ein außerordentliches Entgegenkommen bewiesen wird, das sich selbst soweit entwickeln dürfte, daß mit der Gefahr des Ueberganges des grunddeutschen Memelgebiets in die litauische Machtsphäre, wenn auch vorerst unter eigener Provinzialverwaltung, etwa nach dem Kantonalsystem zu rechnen sein wird. Auf die berechtigten Wünsche der Bewohner wird auch hier von den französischen Machthabern trotz aller Selbstbestimmungsversprechen keine Rücksicht genommen. Dagegen wird den Deutschen dieses Landes durch Gewaltmaßnahmen und Drohungen des Präfekten der Mund gestopft, sobald es diese wagen sollten, eine deutliche Sprache hiergegen zu führen.

Der Vereinigungsparteitag der Kommunisten

Jena, 22. August. Unter sehr starker Beteiligung von Delegierten aus allen Teilen des Reiches begann heute vormittag im hiesigen Volkshause der zweite Parteitag der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. Für seine Verhandlungen sind fünf Tage vorgesehen.

In der Nachmittagssitzung des kommunistischen Parteitages teilte der Parteivorsitzende Stöcker mit, daß die Zentrale die Mitglieder Dr. Kurt Geyer, Düwell und Waldemar aus der Partei ausgeschlossen habe, weil sie der letzten Nummer der Levischen Zeitschrift „Unser Weg" Beiträge geliefert hätten.

Die irischen Sinnfeiner zum Angebot der britischen Regierung.

London, 22. August. Der „Star" meldet, daß die Sinnfeiner für morgen einen nationalen Konvent der Parteiorganisationen nach Dublin einberufen haben, um das Angebot der britischen Regierung an Irland zu erörtern. Dies bedeutet nach Ansicht des Blattes, daß das nationale Parlament die Verantwortung für die Annahme oder Ablehnung der Bedingungen Lloyd Georges nicht übernehmen, sondern der großen Masse der Partei die Entscheidung überlassen will.

Japans Interesse an der Washingtoner Konferenz

London, 22. August. Aus Tokio wird gemeldet: Der Außenminister Uchida habe eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: Die bevorstehende Washingtoner Konferenz sei für Japan von wichtigerer Bedeutung als die Friedenskonferenz. Verhandlungen seien zwischen der japanischen und der amerikanischen Regierung im Gange.

Der Völkerbund am Scheidewege.

Der Völkerbund hat bisher nicht viel Gelegenheit gehabt, zu zeigen, was er ist, und was er kann. Die Regelung der Aalandsfrage hat zwar eine gewisse Mißstimmung in den unmittelbar beteiligten Ländern, namentlich in Schweden, hervorgerufen, aber, alles in allem, wenig Aufsehen erregt, und zwar schon deshalb, weil die beiden sich streitenden Staaten, Schweden und Finnland, als friedlich und besonnen bekannt sind, und weil daher die Möglichkeit kriegerischer Verwickelungen kaum in Betracht kam. Deutschlands erste Erfahrungen mit dem Völkerbundsrat gelegentlich seiner Beschwerde gegen die Abstimmungskomödie von Eupen und Malmedy sind zwar sehr schlecht gewesen, aber diese hohe Körperschaft konnte sich immerhin noch darauf berufen, daß die Bedingungen des Plebiszits nun einmal durch den Versailler Friedensvertrag festgesetzt waren, und daß sie daher nicht befugt war, sie zu ändern oder zu kritisieren. Der polnisch-litauische Konflikt wegen Wilna, der dem Völkerbundsrat bereits vor einigen Monaten überwiesen wurde, ist noch immer nicht geregelt, und die bisher vom Völkerbund in dieser Frage ergriffenen Maßnahmen haben sich als gänzlich unzulänglich erwiesen: der polnische d'Annunzio, der General Zeligowski, sitzt noch immer mit seiner Freischärler-Bande ungestört in der litauischen Hauptstadt. Kurz, alle die bisherigen Proben, die das ständige ausführende Organ des Völkerbundes, nämlich der Völkerbundsrat, über seinen Geist und über sein Können seit seinem Bestehen geliefert hat, sind, gelinde ausgedrückt, sehr dürftig.

Nun ist der Völkerbundsrat plötzlich dazu berufen worden, eins der wichtigsten, schicksalschwersten Probleme der Weltpolitik zu lösen, an dessen Regelung sogar der Oberste Rat kläglich gescheitert ist. Gelingt es ihm, diese neue Aufgabe in einem für die beiden unmittelbar betroffenen Nationen und darüber hinaus auch für die demokratisch gesinnten Teile der übrigen Welt auch nur halbwegs befriedigendem Sinne zu lösen, dann bedeutet dies einen entscheidenden Sieg für den Völkerbundsgedanken selbst. Die Idee des Völkerbundes, für die alle kriegführenden Völker in der Zeit nach dem Waffenstillstand aufrichtig schwärmten, hat seitdem und nicht zuletzt wegen ihrer Verzerrung durch das Versailler Friedensdiktat, einen großen Teil ihrer Anhänger verloren. Amerika, später auch Argentinien, haben dem Völkerbund den Rücken gekehrt; die kommunistische Arbeiterschaft aller Länder, die um Sowjetrußland gravitiert, betrachtet den Völkerbund als ein Instrument des siegreichen Kapitalismus, und auch die übrige internationale Arbeiterschaft vertritt ebenfalls die Auffassung, daß der Völkerbund in seiner jetzigen Gestalt unbrauchbar ist. Während aber die Bolschewisten auch für die Zukunft dem Völkerbundgedanken gänzlich ablehnend gegenüberstehen, haben die zweite, ebenso wie die Amsterdamer Internationale die Hoffnung noch nicht aufgeben wollen, aus dem Völkerbunde das Friedensinstrument der kommenden Zeiten zu machen.

Die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften, die von allen Arbeiterorganisationen Europas am ehesten berechtigt wären, einem Bunde, dem das eigene Volk nicht einmal angehören darf, die Existenzberechtigung und die Zukunftsmöglichkeiten abzusprechen, gehen in ihrem optimistischen Entgegenkommen so weit, daß sie dieser Schöpfung des Versailler Vertrages durchaus nicht ablehnend gegenüberstehen. Die Idee steht ihnen höher, als ihre bisher mißglückte Ausführung, und sie wollen daher auch dem jetzigen, dem Genfer Völkerbund, Kredit gewähren. Deshalb ist in den Kreisen der deutschen Sozialdemokratie der Ueberweisungsbeschluß des Obersten Rates in der oberschlesischen Frage begrüßt worden. Und es würde uns sogar mit aufrichtiger Genugtuung erfüllen, nicht allein im Interesse Deutschlands, sondern auch im Interesse des Völkerbundgedankens, wenn der Völkerbundsrat sich seiner neuen schwierigen Aufgabe gewachsen zeigen würde.

Indessen erleben wir bereits seit einigen Tagen ein recht verdächtiges Schauspiel. Wir sehen, wie namentlich französischerseits Versuche im Gange sind, die Entscheidungen des Rates im französisch-polnischen Sinne zu beeinflussen, und einer dieser wichtigsten Versuche scheint bereits geglückt zu sein: der französische Ministerpräsident Briand hat die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß der Völkerbundsrat seine Beschlüsse nur einstimmig treffen dürfe, und der Vorsitzende des Rates, der japanische Botschafter Ishii, soll die Richtigkeit dieser Anschauung bereits im Namen des Rates bestätigt haben. Was bedeutet das? Entweder will der Völkerbundsrat zu einem Ergebnis gelangen: dann muß man ihm auch die Möglichkeit geben, ein renitentes Mitglied, in diesem Falle Frankreich, zu majorisieren, oder der Völkerbundsrat benötigt Beschlußeinstimmigkeit, und dann stehen die zwei folgenden Möglichkeiten offen: Man einigt sich nicht, und dann wird man am Schlusse der Beratungen des Rates ebenso weit und klug sein, wie zuvor, d. h. wie am Tage des Auseinandergehens der Pariser Konferenz — oder man einigt sich in der Form eines Kompromisses, und das bedeutet den Schiffbruch des Völkerbundsgedankens. Denn dadurch wäre einem einzelnen Mitgliede des Bundes die Möglichkeit gegeben, solange Obstruktion zu treiben, bis alle übrigen Mitglieder des Rates, um nicht die Blamage einer ergebnislosen Beratung über sich ergehen zu lassen, mürbe werden, ihre innere Ueberzeugung stückweise preisgeben und in mehr oder minder weitem Maße vor diesem einzigen Obstruktionstreibenden kapitulieren!

Daher ist die neueste Wendung der Dinge, wie sie infolge der Antwort Ishiis an Briand eingetreten ist, nicht nur für die spezielle Lösung der oberschlesischen Frage, sondern auch für die ganze Zukunft des Völkerbundes sehr bedenklich. Noch wollen wir aber hoffen, daß sich die Mitglieder des Rates ihrer Verantwortung bewußt werden, und daß sie nicht in starrer Anwendung des Einstimmigkeitsprinzips Herrn Léon Bourgeois, dem Vertreter Frankreichs, erlauben werden, durch rücksichtslose Obstruktion das zu erreichen, was Briand mißlungen ist.

Der Parteitag der „Vereinigten".

Die Kommunistische Partei Deutschlands, deren Parteitag am Montag in Jena begonnen hat, nennt sich seit ihrer Verschmelzung mit den Linksunabhängigen „Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands". Selten ist ein Wort in so kurzer Zeit so sinnlos geworden wie in diesem Falle. Gewiß gibt es in allen Parteien interne Gegensätze und Strömungen, und auch die Sozialdemokratische Partei ist davon nicht gänzlich frei. Bis zu einem gewissen Grade sind solche inneren Meinungsverschiedenheiten als ein erfreuliches Symptom zu betrachten, denn sie beleben die Aktion und das geistige Ringen der auf einer gemeinsamen Grundlage und für ein gemeinsames Ziel kämpfenden Klassengenossen. Aber all das muß seine Grenzen haben, und bei der VKPD. sind diese Grenzen schon längst überschritten. Von Vereinigung kann seit mindestens vier Monaten bei den Kommunisten nicht mehr die Rede sein, sondern nur von Zwietracht und Auflösung.

Die Ursache dieses Zustandes liegt bekanntlich in dem sinnlosen verbrecherischen Märzputsch, über dessen Entstehung die aufsehenerregende Broschüre Paul Levis „Unser Weg" wertvolle Aufschlüsse gegeben hat. Aber diejenigen, die mit Paul Levi meinen, daß diese Entwickelung zu vermeiden war, d. h. daß es genügt hätte, den Märzputsch zu unterlassen, um die Kommunistische Partei zu einem einheitlichen, gesunden und aktionsfähigen Kampfinstrument der Arbeiterklasse zu gestalten, befinden sich in einem groben Irrtum. Gewiß war der mitteldeutsche Märzputsch die direkte Ursache des kommunistischen Parteibruchs, aber wiederum lag die letzte Ursache des Märzputsches in dem ganzen Wesen der kommunistischen Politik und der kommunistischen Internationale. Paul Levi ist der letzte, der das Recht hat, sich über diese Entwickelung zu wundern und Anklagen zu erheben. Denn er war es ja, der auf dem Moskauer Kongreß 1920 an der Ausarbeitung der 21 Aufnahmebedingungen für die USPD. hervorragend beteiligt war; durch diese drakonischen Bedingungen wollte er ja die Spaltung in der USP. provozieren, um dem opportunistischen rechten Flügel die Aufnahme unmöglich zu machen, und indem er das Prinzip der Unterordnung unter das Moskauer Exekutivkomitee bis ins Sinnlose steigerte, wollte er die von ihm mit Mißtrauen betrachteten Unabhängigen im voraus daran hindern, selbständige „zentristische" Politik zu machen. Freilich dachte Levi damals nicht, daß das Moskauer Exekutivkomitee dieses Prinzip des ihm zu leistenden Kadavergehorsams in solch irrsinniger Weise anwenden und mißbrauchen würde. Er hatte mit der Vernunft der Bolschewisten gerechnet, nicht mit ihrem Cäsarenwahnsinn. Und als Moskau ihm irgendeinen Turkistaner auf die Nase setzte, der plötzlich eines schönen Tages eine Generaloffensive befahl, da lehnte sich sein gesunder Menschenverstand dagegen auf. Aber es war zu spät: er selbst hatte sich ja zum Anwalt dieses Prinzips der restlosen Subordination gemacht, und damit hatte er sich das Recht zu einer solchen Auflehnung verwirkt. Das ist auch der Grund, weshalb die an und für sich sehr mutige und anständige Tat Paul Levis in den sozialdemokratischen Arbeiterkreisen eigentlich nur Schadenfreude erweckt hat. Er kann, wie Georges Dandin in Molières Komödie verzweifelt in die Welt hinausrufen: „Tu l'as voulu!" — Du hast es gewollt!

Nun hat der dritte Weltkongreß der Moskauer Internationale gegen die Levisten womöglich noch drakonischere Maßnahmen ergriffen, als im Vorjahre gegen die Zentristen. Bei dieser Gelegenheit aber hat sich die Charakterlosigkeit auch derjenigen deutschen Kommunisten offenbart, die durch ihre ursprüngliche Solidaritätserklärung mit Levi wenigstens einen Rest von selbständigem Denken zur Schau getragen hatten. Als Levis Ausschluß vom Moskauer Kongreß feierlich bestätigt wurde, rückten die nach Moskau gesandten Vertreter der Opposition von ihm ab und erklärten, aus Gründen der kommunistischen Disziplin diese Entscheidung annehmen zu müssen. Fürwahr, es muß um die Ueberzeugungstreue dieser Leute traurig bestellt sein, wenn sie innerlich die Haltung Levis gutheißen und den Märzputsch ebenfalls als ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterschaft betrachten, und nach außen dem Hinauswurf ihres Führers zustimmen! In Wirklichkeit verachten sich die Leiter der Kommunistischen Partei gegenseitig, sie intrigieren gegeneinander, und jeder wünscht von dem andern, daß er sich durch möglichst große Dummheiten in den Augen der Parteigenossen möglichst rasch lächerlich mache.

Der Jenaer Parteitag der VKPD. wird allerdings im Zeichen des Ausgleiches und der Versöhnung stattfinden, wobei allerdings der Ausschluß des „Renegaten" Paul Levi endgültig sanktioniert werden soll. Die Opposition will man dadurch besänftigen, daß man einige platonische Erklärungen darüber abgibt, daß die Märzaktion zwar gut gemeint, aber schlecht organisiert und alles in allem bedauerlich war. So hoffen wenigstens die gegenwärtigen Leiter der kommunistischen Parteizentrale, die KPD. noch auf eine Weile als „vereinigt" hinstellen und ihre Bonzentätigkeit weiter fristen zu können. Aber selbst wenn dieser Versuch einstweilen gelingen sollte, so birgt die Kommunistische Partei so viel Konfliktsstoffe und Todeskeime in sich, daß man schon jetzt von ihr sagen kann, daß sie als Machtfaktor der deutschen Arbeiterklasse überhaupt nicht mehr in Betracht kommt. Sie geht ihrer Auflösung entgegen, weil sie geistig verwahrlost ist. Wie zur Zeit ihrer Anfänge stützt sie sich immer mehr auf die verwahrlostesten Teile des Proletariats, und sie versucht insbesondere das Heer der Arbeitslosen für ihre Ziele zu gewinnen, aber vielmehr derjenigen Arbeitslosen, die mangels einer gewerkschaftlichen und politischen Schulung für sinnlose Aktionen in Betracht kommen. Wenn erst durch eine Wiedergesundung des wirtschaftlichen Lebens das Erwerbslosenproblem in befriedigender Weise gelöst sein wird, dann wird auch die Kommunistische Partei ihre letzten Auswirkungsmöglichkeiten verlieren. Die Zeit naht, in der man unter deutschem Kommunismus nur noch ein paar unbedeutende, sich in Streitigkeiten selbstverzehrende Sekten verstehen wird; der deutsche Bolschewismus wird dann der wieder erstarkten einigen Arbeiterschaft Deutschlands nur noch als ein böser häßlicher Traum der ersten Revolutionsjahre vorkommen.

Umlerner.

Parlamentarismus und Demokratie haben in letzter Zeit wieder von linksradikaler Seite heftige Anfeindung erfahren. Das „Berliner Tageblatt" veröffentlicht aus einem Referat „Unsere Aufgaben" die folgende vortreffliche Zurückweisung dieser Angriffe:

„Der ganze Parlamentarismus, der häufig in Mißkredit gekommen ist, nicht zum wenigsten, wie ich zugebe, durch die Schuld von Parlamentariern, auch von sozialdemokratischen Parlamentariern, ist doch eine Notwendigkeit. Wir sind Demokraten. Nicht nur Sozialisten, sondern auch Demokraten. Wir suchen die Demokratie in Staat und Gesellschaft herbeizuführen. Wir dürfen aber nie vergessen, daß die vollste Demokratisierung des öffentlichen Lebens deshalb unmöglich ist, weil sie nur durchführbar ist in ganz kleinen Gemeinwesen. Völlige Demokratie wird bedingen, daß alle Männer und Frauen sich verständigen, um zu Beschlüssen zu kommen. In dem früheren kleinen Gemeinwesen der alten Zeit war das möglich. In der Gegenwart ist die Austragung der Meinungen nur möglich durch ein Vertretungssystem. Wenn wir aus irgendeinem Grunde den Parlamentarismus heute abschaffen, morgen müßten wir ihn wieder einführen."

Diese Ausführungen wurden auf dem Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie gemacht, der im April 1917 in Gotha stattfand und dessen vollständiges Protokoll im Verlag von A. Dethof u. Co. soeben erscheint. Sie stammen aus dem Munde von Georg Ledebour. Er hat aber schnell umgelernt. Denn die Nationalversammlung, die den von ihm als notwendig erkannten demokratischen Parlamentarismus einführen sollte, versuchte er durch den Januarputsch von 1919 gewaltsam zu verhindern.

Von Treu und Glauben.

Klara Zetkin hat vorläufig wieder ihren Frieden mit der VKPD. gemacht. Der Moskauer Kongreß hat sie, die eben noch Levistin war, wieder umgeworfen. Aber es war nicht so einfach, und die greise Kommunistin mußte sich zu manchem Eingeständnis verstehen, um wieder des heiligen Grals teilhaftig zu werden. So hat sie auch eine Erklärung abgegeben, die doch zu einer Revision des Urteils über diese bislang immer noch angesehenste sozialistische Kämpferin zwingt. Heckert hatte sie in Moskau heftig angegriffen und bemerkt, daß sie sich nur zögernd von der USP. losgesagt und lange geschwankt habe, ehe sie sich zum Spartakusbund entschloß. Klara Zetkin antwortete ihm darauf, daß sie aus taktischen Gründen bei der USP. blieb, wobei sie von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches unterstützt wurde. Es sei nützlicher, wenn sie sich erst auf dem USP.-Parteitage lossage.

Genosse Leo, heißt es in dieser Moskauer Erklärung, schrieb nur, er wisse, wie peinlich mir diese „schiefe Situation sei. Ich müsse jedoch bis zum Parteitag der USP. aushalten. Erstens als Redakteurin der Frauenbeilage der „Leipziger Volkszeitung" sei ich ein vorgeschobener Posten in Feindesland. Zweitens, dieser Posten werde vielleicht den Vorstand der USP. zu der Dummheit verleiten, mich zu maßregeln. Drittens, ich dürfe die Möglichkeit nicht preisgeben, am Parteitag der USP. teilzunehmen, dort vom [illegible] Standpunkt aus Kritik an der Theorie und Praxis der Partei zu üben und dann meinen Austritt aus ihr zu erklären. Dadurch würde vielleicht ein Teil der opponierenden Linken mitgerissen und uns zugeführt werden. Er halte die Ausnutzung der vorliegenden Möglichkeit für um so wichtiger, als er nach wie vor der Meinung sei, die Gründung der KPD. sei zu früh erfolgt, man hätte für sie den Parteitag der USP. abwarten müssen.

Ich habe dementsprechend gehandelt. Klara Zetkin."

Die „Freiheit" bezeichnet diesen Tatbestand als „unerhörten Verstoß gegen Treu und Glauben" und teilt mit, wie die USP. Klara Zetkin an der „Leipziger Volkszeitung" eine Lebensstellung verschaffte, wofür die sich bedankte, indem sie „als vorgeschobener Posten in Feindesland" wirkte.

Schwierigkeiten der russisch-amerikanischen Verhandlungen in Riga.

C. E. Die Schwierigkeiten der russisch-amerikanischen Verhandlungen in Riga scheinen noch nicht behoben zu sein. Der Sowjetvertreter Litwinow hat erklärt, er werde die Verhandlungen mit den Vertretern der American Relief Administration abbrechen, falls die Amerikaner weiter unannehmbare Bedingungen stellen sollten. Die Sowjetpresse nimmt eine ähnliche Haltung ein und betont, daß bisher nur Deutschland sich bereit erklärt habe, der hungernden Bevölkerung Rußlands bedingungslos praktische Hilfe zu erweisen. — In der Moskauer „Iswestija" erklärt der Chefredakteur Steklow u. a., die Beschlüsse des Obersten Rates über die Hilfsaktion für Rußland bedeuten eine Niederlage der französischen Politik, welche die Hungersnot zur Erpressung gewisser politischer Zugeständnisse ausnutzen wollte.

Das autonome Moskauer Hilfskomitee befaßt sich zurzeit mit der Organisation der Hilfeleistung in der Provinz. In die Hungergebiete sind Delegierte entsandt worden, um die Bedingungen für die Aktion an Ort und Stelle zu prüfen. Das Petersburger Hilfskomitee unter dem Vorsitz Gorkis hat bisher seine Beziehungen zum Moskauer Hilfskomitee noch nicht endgültig festgelegt; es ist augenblicklich lediglich mit der Sammlung von Spenden beschäftigt. Die beiden Komitees warten die Ergebnisse der Rigaer Verhandlungen Litwinows mit der amerikanischen Hilfsadministration ab. Die Frage der Stellungnahme zu den Emigranten-Hilfskomitees im Auslande ist bisher noch nicht geklärt.

Die Aussichten der englischen Arbeiterpartei.

Auf die Aussichten der britischen Arbeiterpartei bei den nächsten Wahlen haben die fortschrittlichen Elemente aller Länder große Hoffnungen gesetzt. Man hofft, daß eine Mehrheit der Arbeitervertreter ins Parlament ziehen wird, die eventuell durch Teilnahme am Kabinett in der Lage sein werde, den Versailler Friedensvertrag ein wenig zu mildern. Allzu hoch wird man jedoch seine Hoffnungen nicht stellen dürfen, um so mehr nun auch die Kommunisten es versuchen, sich parlamentarisch zu betätigen. Es ist ziemlich ausgeschlossen, daß in den nächsten Jahren ein Kommunist seinen Einzug ins Parlament halten wird. Aber immerhin können sie gelegentlich soviel Unheil anrichten, daß der langsame und sichere Fortschritt des zum Klassenbewußtsein erwachten britischen Proletariats zeitweilig gehemmt wird.

In einem Walliser Wahlkreis, Caerphilly von Bergarbeitern stark bevölkert, findet am 24. August eine Nachwahl statt, wo außer einem Koalitions- und Arbeiterparteikandidaten auch ein Kommunist sich um die Gunst der Wähler bemüht. Allzu viel Stimmen wird der Kommunist nicht einheimsen, immerhin ist es möglich, daß er den Erfolg der Arbeiterpartei verhindert. Bei der letzten Wahl erhielt der Arbeiterkandidat 11 496, der Liberale 9382 Stimmen. Sollten die für den Kommunisten abgegebenen Stimmen die Zahl 2000 erreichen, so ist es immerhin möglich, daß durch die Beteiligung der Kommunisten der Koalitionskandidat gewählt und die Regierung gestärkt wird. Die Kommunisten haben damit nichts weiter erreicht, als daß sie — wie überall — die Reaktion stärken und befestigen.

Polnische Boykottströmungen gegen England.

Nach einer Meldung der „Rzeczpospolita" ist zurzeit in polnischen Industrie- und Handelskreisen eine Bewegung im Gange, die den Boykott englischer Waren als Vergeltungsmaßnahme für die Haltung Englands in der oberschlesischen Frage durchsetzen will. Das Blatt verurteilt diese Boykottbewegung und bezeichnet sie als unüberlegte impulsive Reaktion der polnischen Geschäftskreise.

Das Führertum in der Gewerkschaftsbewegung.

Dieses Thema behandelt Richard Woldt in einem Buche „Wirtschaftliche Bildungsarbeit und gewerkschaftliches Führertum" (Verlag Quelle u. Meyer, Leipzig). Die Partei und besonders die Gewerkschaften werden sich mit den Fragen, die Woldt in dieser Arbeit erörtert, jetzt und für die Zukunft noch eingehend zu beschäftigen haben.

*

Woldt gehört zu denen, die immer wieder predigen: Die Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht ist nicht zuletzt auch eine Erziehungsaufgabe am Menschen. Mit bewußter Einseitigkeit wird das von ihm bei jeder Gelegenheit betont. Als Industriekenner sucht Woldt die Welt „jenseits der Berge", im Unternehmerlager, im Reich des Industriekapitalismus. Was haben wir diesen Mächten an Organisationskraft, an Massenwirkungen und an Führermenschen entgegenzusetzen?

In dem vorliegenden Buch setzt sich nun der Verfasser mit dem Gewerkschaftsproblem auseinander. Die wirtschaftliche Entwickelung ist für uns in Deutschland vor allen Dingen ein Produktionsproblem. Die Erfüllung der Sanktionen ist eine Frage der Arbeitsleistungen, eine Arbeiterfrage. Der Arbeiter ist der wichtigste Produktionsfaktor, die Gewerkschaften sind dadurch zu einer ganz anderen Machtstellung gekommen wie vor dem Kriege. Macht ist auch hier mit Verantwortung verbunden. „Wir gehen einer Periode entgegen, in der die Leiter von großen Gewerkschaften ebenso einflußreiche Wirtschaftsführer werden müssen, wie es die Industriekapitäne großer Unternehmungen geworden sind." „Wird die neue Zeit Männer von diesem Format hervorbringen? Das ist eine Belastungsprobe der Menschenqualität, die auszuhalten ist."

Unter diesem Gesichtswinkel behandelt der Verfasser das Schulungsproblem an dem Gewerkschaftsnamm. Die verschiedensten Pläne sind entstanden, Woldt untersucht, mit welchem Erfolg bisher gearbeitet wurde.

Die Gewerkschaften selbst haben ihre Einrichtungen geschaffen. Besonders die Ausbildung der Betriebsräte hat zur „gewerkschaftlichen Selbsthilfe" geführt. Der Leser wird überrascht davon sein, zu erfahren, wie von den verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen mit Eifer diese Arbeit in Angriff genommen wird. Einzelne Beispiele rein örtlicher Gründungen werden angeführt: Die Groß-Berliner Betriebsräteschule, der Frankfurter Räteschulverein, das Kölner Gewerkschaftsseminar, eine gewerkschaftliche Textilarbeiterschule in Leipzig-Dresden.

Auch staatliche Einrichtungen sind geschaffen worden. Woldt begrenzt sich in seiner Berichterstattung nur auf Preußen. Drei Organisationspläne kommen zur Darstellung. Ueber die Frankfurter „Akademie der Arbeit" ist in letzter Zeit viel geschrieben worden. Man wird Woldt darin zustimmen müssen, wenn er sich gegen jede vorschnelle Kritik wendet. Aus der von ihm kurz geschilderten Entstehungsgeschichte der „Akademie der Arbeit" ersehen wir, wie schwer die pädagogische Aufgabe ist, fertige Menschen, nach bestimmten Weltanschauungen bereits schon orientiert, wirtschaftlich schulen zu wollen. Ferner erfahren wir, aus welchen Gründen die von Gräf und Lüdemann geforderten Wirtschaftsschulen seitens der Gewerkschaften abgelehnt wurden.

Besonders eingehend schildert Woldt die Einrichtung der gewerkschaftlichen Wirtschaftskurse. Gerade dieser Organisationsvorschlag ist in der letzten Kultusdebatte der damaligen verfassunggebenden preußischen Landesversammlung scharf umkämpft worden. Wir glauben, daß der preußische Landtag bei seiner diesmaligen Behandlung dieser Materie zu einem positiven Ergebnis kommen muß. Denn was Woldt jetzt darstellt, sind nicht mehr Pläne, sondern bereits Erfolge. Als Mitarbeiter der Gewerkschaftskurse an der Universität in Münster begründet Woldt Aufbau, Lehrplan und Lehrziele, wie sie von Prof. Plenge, dem Leiter des Staatswissenschaftlichen Instituts an der Universität Münster aufgestellt wurden. Die Arbeiten machen dort weitere Fortschritte, erst in diesen Tagen ist das Lehrprogramm einer berufspädagogischen Woche bekannt geworden; diese Veranstaltung soll den Zweck haben, auch Fachschullehrer für die Aufgaben der gewerkschaftlichen Wirtschaftsschulung zu interessieren. Darin muß überhaupt der Arbeit in Münster zugegeben werden, daß man dort zielstrebig die Spitzenausbildung zu fördern sucht. Denn überall ist der Mangel an Lehrkräften zu deutlich fühlbar und auch hier muß man von oben anfangen.

Woldt hat sein Buch Konrad Hänisch gewidmet. Unter dem sozialistischen preußischen Kultusminister ist das in Angriff genommen worden, was Woldt darstellt, und begründet. Zur Mitarbeit ist Woldt von Hänisch in das preußische Kultusministerium berufen worden, es wird von der politischen Entwickelung abhängig sein, vor allen Dingen aber haben sich die Gewerkschaften selbst darum zu kümmern, daß auf dem von Woldt gezeichneten Wege weiter gearbeitet wird. Deshalb wünschen wir dem Buch die weiteste Verbreitung, es darf in keiner Gewerkschaftsbibliothek und Betriebsrätebibliothek fehlen.

Lohnkämpfe und Streiks.

Mannheim, 20. Aug. Heute sind hier sämtliche Arbeiter der Mannheimer Mühlen in den Streik getreten, nachdem ihnen erst am Freitag entsprechend dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses eine Lohnzulage von 1,25 Mark pro Stunde für jeden Arbeiter und von 0,75 Mark für jede Arbeiterin zugesprochen worden war.

Gent, 20. Aug. Die Arbeitnehmer der Webereien weigern sich, sich mit einer Herabsetzung der Löhne um 3 Prozent einverstanden zu erklären und sind heute in den Ausstand getreten. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 10 000.

Paris, 22. Aug. Nach einer Meldung des „Echo de Paris" aus Lille sind auch die Minenarbeiter, deren Löhne herabgesetzt werden sollten, in einen Abwehrstreik getreten.

Paris, 22. Aug. Wie „Matin" mitteilt, haben die Transportarbeiter in Roubaix beschlossen, in den Solidaritätsstreik zu treten.

Kleine Nachrichten.

160 Millionen neues Kleingeld. Zur weiteren Schaffung kleiner Münzen fordert die Regierung vom Reichsrat die weitere Prägung von 100 Millionen Mark in kleiner Münze. Es sollen geprägt werden: 100 Millionen Mark Fünfzigpfennig-, 40 Millionen Mark Zehnpfennig-, 20 Millionen Mark Fünfpfennigstücke. Auch die Prägung von Einmarkstücken wird noch immer erwogen, bisher ist aber noch keine Entscheidung gefallen.

Zur Alandskonferenz des Völkerbundes wegen der Neutralisierung der Inseln sind eingeladen: Dänemark, Deutschland, England, Estland, Finnland, Frankreich, Italien, Lettland, Polen und Schweden. Ueber Zeitpunkt und Ort der Konferenz wird gegenwärtig verhandelt.

Zum Spottpreis verkaufter deutscher Dampfer. Nach Mitteilung englischer Zeitungen ist der frühere deutsche Dampfer „Graf Waldersee" für den geringen Preis von 4000 Pfd. St. an die Rederei T. W. Ward in London verkauft worden. Der Dampfer wurde im Jahre 1898 für die Hamburg-Amerika-Linie auf der Werft von Blohm u. Voß erbaut. Er hat einen Raumgehalt von 13 193 Brutto-Registertons. Außer Fracht können auf dem Schiffe 3000 Passagiere untergebracht werden. Ausgerüstet ist der Dampfer mit einer Maschine von 5000 Pferdekräften, die ihm eine Geschwindigkeit von 13 Seemeilen in der Stunde verleiht. Der für den Dampfer gezahlte Preis bleibt weit hinter dem Friedenspreis zurück.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 195 | Dienstag, den 23. August 1921 | 12. Jahrgang

14. Bundestag des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität".

Der Bundestag des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität" tagte vom 13. bis 16. August im Volkspark in Halle. Es waren 108 Delegierte und Vorstandsmitglieder anwesend. Als Gäste waren Vertreter der Schweizer Bundesorganisation, der Zentralkommission für Sport und Körperpflege, des Arbeiter-Turnerbundes und des Arbeiter-Samariterbundes erschienen. Bundesvorsitzender Niemann gedachte in seiner Eröffnungsrede des 25jährigen Jubiläums des Bundes, das in diesem Jahr gefeiert wurde. Der Bund könne mit Befriedigung auf seine Tätigkeit in dieser Zeit zurückblicken. Heute zähle er 200 000 Mitglieder, die in 3 900 Ortsgruppen vereinigt seien. Niemann besprach die erfreuliche Entwicklung des Bundes und teilte mit, daß es gelungen sei, ab 1. Januar die Verschmelzung der Chemnitzer Unterstützungsvereinigung für Radfahrer mit dem Bunde zustande zu bringen. Die Ausgaben des Bundes sind weit über den Voranschlag hinaus gestiegen, dadurch sei ein Rückgang des Verbandsvermögens verursacht. Eine Beitragserhöhung sei deshalb nicht zu umgehen. Das Bundesorgan erscheint jetzt in einer Auflage von 225 000 Exemplaren. Das Firmengeschäft hat sich in den letzten 2 Jahren wesentlich gebessert. Aus einem kleinen Ueberschuß ist es auch gelungen, stille Reserven zu schaffen.

An die Geschäftsberichte schloß sich eine ausgedehnte Diskussion. Verlangt wurde u. a., daß der Vorstand sich mehr um Jugendpflege kümmere. Es müsse alles getan werden, um auch die Jugendlichen für den Bund zu gewinnen; man solle ihnen Vergünstigungen gewähren. Sehr eingehend wurden die Grenzüberschreitungen behandelt und dabei geschildert, welche Schwierigkeiten besonders von der Tschecho-Slowakei gemacht werden. Die Grenzkarten sollten von den Ortsgruppen ausgestellt werden können. Die Bundeszeitung solle künftig achtseitig erscheinen. Der Vorstand wurde beauftragt dem nächsten Bundestag eine Vorlage zur Errichtung einer Pensionskasse für die Angestellten zu unterbreiten. Beschlossen wurde, daß Bundesmitglieder, die Kriegsteilnehmer waren, nur ab 1. Oktober 1921 eine Nachzahlung ihrer Beiträge vornehmen können.

Schnabel-Frankfurt a. Main erstattete den Bericht des Bundessportausschusses. Der Redner verbreitete sich eingehend über den Kunstsport, das Wertungsverfahren und Radrennen. Man müsse das sportliche Leben mehr heben und vor allem versuchen, die Jugend zu gewinnen. Der Bundessportausschuß stehe auf dem Standpunkte, daß 10-Kilometer-Rennen auch fernerhin gestattet werden sollen. Auch Bewertungen könnten vorgenommen werden. Im Anschluß hieran sprach unter großer Zustimmung Ripp-Mannheim über das Wanderfahren. Wie Touristen sollten auch die Radfahrer Sonntags hinaus in die Natur, sich an deren Schönheiten erfreuen und ihren Körper stählen. In der Aussprache waren die Ansichten über Radrennen und Wertungen sehr geteilt.

Am vierten Verhandlungstage referierte Wildung-Leipzig über „Zentralkommission und Sportinternationale". Er zeigte, wie die Arbeitersportbewegung nach dem Kriege an Bedeutung gewonnen hat. Der Sport habe in Deutschland eine große Zukunft. Die Bürgerlichen erblicken im Sport das einzige Mittel um das Volk wehrfähig zu erhalten. Wir lehnen den Wettbewerb im Sport nicht ab, wir wollen ihn aber in vernünftigen Grenzen halten. Einige Genossen lehnen den Wettbewerb ab, diese haben aber nicht begriffen, nach was die Jugend sich sehnt. Die Jugend will den Wettbewerb. Unsere größte Aufgabe ist aber die Jugend zu gewinnen und sie den bürgerlichen Vereinen zu entreißen. Dort wird die Jugend im alten militaristischen Sinne, in dem Gedanken eines Rachekrieges erzogen. Wir aber wollen unsere Jugend im Geiste der Völkerversöhnung, der Gemeinschaft, im Sinne des Sozialismus erziehen. So hat auch der Sport in Deutschland eine kulturpolitische Bedeutung. Es sei anzunehmen, daß von den vom Reich für die allgemeine körperliche Ertüchtigung bewilligten 2 Millionen Mark die Arbeitersportverbände 1 Million Mark erhalten. Auch Fahrpreisermäßigung sei durchgesetzt worden. Das Verhältnis gegenüber den bürgerlichen Sportvereinen präzisierte der Redner dahin, daß es keine Sportgemeinschaft mit diesen geben könne. Wir sind und bleiben Kampforganisation der Arbeiterklasse. Auf dem letzten internationalen Kongreß in Luzern sei ein Programm aufgestellt worden, das im sozialistischen Sinne gehalten sei. Der zweite internationale Kongreß soll im nächsten Jahr in Leipzig und im Jahre 1925 soll die 1. Internationale Arbeiter-Olympiade stattfinden. Im Juni nächsten Jahres werde anläßlich des Bundesfestes des Arbeiter-Turnerbundes die 1. Deutsche Arbeiter-Olympiade abgehalten, an der sich alle Arbeitersportverbände Deutschlands beteiligen. Da solle gezeigt werden, was der deutsche Arbeitersport leisten könne.

Die weiteren Beratungen des Bundestages betrafen mehr interne Fragen, im besonderen die Abänderung des Statuts. Der monatliche Bundesbeitrag wurde um 150 Prozent (von 40 Pf. auf 1 Mark) erhöht, und die Unterstützungssätze um den gleichen Prozentsatz. Die erhöhten Beiträge treten am 1. Januar 1922 in Kraft. Abgelehnt wurden Anträge, daß die Erlaubnis zu 10-Kilometer-Rennen aufgehoben wird. Annahme fand eine Entschließung, die von den Behörden fordert: die Freigabe aller Fußwege und Banketts außerhalb der Ortschaften für den Radfahrverkehr; die unentgeltliche Freigabe aller Turnhallen und Schulplätze zu Uebungsstunden der Radfahrer; die Umwandlung der Reitwege in Fahrradwege; die Abschaffung der Radfahrkarte; die Aufhebung der Besteuerung der Fahrräder; Ermäßigung der Gebühren für die Beförderung von Fahrrädern. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Bemerkenswert ist, daß es auf der Tagung zu keiner Auseinandersetzung der verschiedenen politischen Richtungen in der Arbeiterbewegung kam. Der Vorsitzende Hahn-Wandsleben konnte dies am Schlusse der Tagung mit Genugtuung feststellen. Der nächste Bundestag findet 1923 in Kassel statt, zugleich mit den Tagungen der übrigen Arbeitersportverbände.

Aus Pommerellen.

Blutige Streikkrawalle in Pommerellen.

Die in unaufhaltsamem Tempo anschwellende Lebensmittelteuerung hat im ehemals preußischen Gebietsteil wiederum zu blutigen Ereignissen geführt. Dort ist der Preisaufschwung besonders katastrophal, weil das Gebiet infolge seiner wirtschaftlichen Sonderstellung bis vor kurzem ganz erheblich niedrigere Lebensmittelpreise als das übrige Polen hatte. Die Aufhebung seiner Wirtschaftsgrenze nach Kongreßpolen bringt jetzt die Warschauer Preise dorthin, die in täglichem Steigen begriffen sind. Die Erregung der Arbeiterschaft ist daher im früheren Westpreußen und Posen ganz besonders stark und macht sich in gewaltigen Demonstrationen Luft, die nur durch äußerste Zurückhaltung von Polizei und Militär zumeist ohne ernstere Folgen bleiben. Im ehemals westpreußischen Kulm hat sich der Vorgang wiederholt, der kürzlich in Kosten zu erheblichen Ruhestörungen führte. Die Eisenbahnarbeiter verhinderten gewaltsam den Abtransport von Getreidewaggons nach Kongreßpolen. Vierzehn Leute wurden verhaftet, und als die Eisenbahner ihre Kollegen zu befreien versuchten, gab die Polizei auf die Andrängenden eine Salve ab. Es gab Tote und Schwerverletzte. Vermehrt wird die Unruhe durch die endlosen Züge russischer Hungerflüchtlinge, die sich über die polnische Ostgrenze ergießen. Ihre Zahl wird bereits auf über hunderttausend geschätzt, und die Ziffer bezieht sich nur auf die Flüchtlinge, die auf den großen Straßen die Grenze überschreiten.

In Warschau fand neulich eine Konferenz von Vertretern der im ehemaligen Posen und Westpreußen, Galizien, Teschen und Kongreßpolen bestehenden Deutschtumbunde mit den deutschen Abgeordneten des polnischen Parlamentes statt. Nachdem durch die kürzlich erfolgte Gründung eines deutschen Bundes in Lodz jetzt alle deutschen Bürger Polens Organisationen haben, deren Wirksamkeit sich auf die einzelnen polnischen Gebietsteile erstreckt, wurde durch die Warschauer Konferenz ein Oberbau für diese Organisationen geschaffen durch Gründung eines Hauptvorstandes aller Deutschtumbunde in Polen. Der Vorsitz dieser Hauptverwaltung wurde dem Vorsitzenden des Posener Deutschtumbundes, dem früheren Landrat Naumann, übertragen.

Volkswirtschaftliches.

Der fortdauernde Rückgang der Mark.

Allgemeine Beunruhigung herrscht in der holländischen Presse über den dauernden Fall der Mark. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" sagt, der Marksturz habe an den deutschen Börsen eine wilde Hausse hervorgerufen, aber an den anderen Börsen betrachte man mit Unruhe das fortdauernde Sinken. Deutschland könne nun mit allen Ländern, vor allen Dingen auf industriellem Gebiet konkurrieren. Das ganze Arbeitsleben in [illegible] das bald fühlen. Man frage sich, ob es möglich sei, ein Mittel zur Abwendung des Falles der Mark zu finden und normale Zustände herbeizuführen. Vor allen Dingen leide Holland unter der deutschen Konkurrenz. Infolgedessen herrsche eine äußerst lustlose und schlechte Stimmung auf dem ganzen Warenmarkt und greife auch auf den Aktienmarkt über. „Algemeen Handelsblad" meint, es sei einigermaßen erstaunlich, daß der Markkurs in diesen wenigen Tagen so habe fallen können, daß in Amsterdam schon 3,50 Gulden für 100 Mark gezahlt wurden. Deutschland habe doch eine genügende Erklärung darüber abgegeben, daß es seinen Reparationsverpflichtungen bis zum 31. August nachkommen könne. Die amerikanischen Finanzkreise vertreten die Ansicht, der Sturz der Mark hänge mit der Vermehrung des Notenumlaufs in Deutschland zusammen. Jedenfalls müßte man hoffen, daß Kreditverhandlungen mit amerikanischen Firmen in Berlin zu einem Resultat führten. Das Blatt konstatiert, auch, daß Deutschland sich auf dem Warenmarkt in den letzten Tagen völlig zurückgezogen habe. Die offizielle Notierung zwischen Rotterdam und Amsterdam war heute um 4½ Cent verschieden, nämlich 52½ in Rotterdam gegen 48 in Amsterdam. „Times" teilen mit, daß die Markverkäufe hauptsächlich von Amsterdam und London aus stattfinden. Man beschäftigt sich im übrigen mit der vom amerikanischen Amt beabsichtigten Konferenz über die Stabilisierung der Valuta, die gleichzeitig mit der Abrüstungskonferenz stattfinden soll.

Der Ausverkauf der Kriegsware. Das amerikanische Schiffahrtsamt verkaufte 200 hölzerne Schiffe durchschnittlich zum Preise von 2100 Dollar pro Stück. Der Bau der Schiffe hat ursprünglich pro Schiff 300 000 bis 400 000 Dollar gekostet.

Der von England beschlagnahmte Dampfer „Tirpitz" traf gestern unter englischer Flagge im Hamburger Hafen ein, um dort auf der Vulkanwerft für Oelfeuerung umgebaut zu werden. Nach vollzogenem Umbau wird der Dampfer von der Royal Mail Steamship Company, die den Dampfer gekauft hat, in Dienst gestellt werden.

Amerika als Warenlieferant. Fast die Hälfte des acht Milliarden Dollar betragenden Ausfuhrhandels der Vereinigten Staaten bestand im letzten Jahr aus nur zehn Artikeln, von denen sieben durch Nahrungsmittel oder Rohstoffe dargestellt werden. Zu oberst auf der Liste steht Rohbaumwolle im Werte von mehr als einer Milliarde. Als nächstes folgt Weizen in Höhe von 597 Millionen Dollar. Die dritte Stelle nahm im Vorjahr die Kohle ein, von der ungeheure Mengen zu hohen Preisen verschifft wurden. Dann folgen als viertes Automobile im Werte von [illegible] Millionen, während Tabak an fünfter Stelle rangiert. Die sechste wird von Baum-

„König Kohle."

Roman von Upton Sinclair.

70) (Fortsetzung.)

„Was bedeutet das?" fragte er.

Hal antwortete: „Ich suche einen Verbrecher, Percy!"

„Wie?" Die Frauen stießen kleine Schreckenlaute aus.

„Ja, einen Verbrecher; den Mann, der den Schacht verschlossen hat!"

„Den Schacht verschlossen hat?" — wiederholte Harrigan. „Was willst du damit sagen?"

„Laß dir erklären; vor allem aber will ich meine Freunde vorstellen, Harrigan, mein Freund Keating."

Billy besann sich plötzlich darauf, daß er einen Hut auf dem Kopfe habe; er riß ihn herunter, doch ließen ihn seine anderen gewohnheitsmäßigen Instinkte völlig im Stich. Er vermochte bloß zu starren, hatte auch seinen Atem noch nicht zurückerlangt.

„Billy ist Reporter" — sagte Hal. — „Das braucht dich aber nicht zu beunruhigen, — er ist ein Gentleman und wird dein Vertrauen nicht mißbrauchen. Nicht wahr, Billy?"

„Ja-a" — murmelte Billy leise.

„Und dies ist Jeff Cotton, Berghauptmann vom Nord-Tal. Du weißt doch, Percy, daß die Nord-Tal-Gruben der Allgemeinen Beheizungs-Gesellschaft gehören. Cotton, das ist Herr Harrigan."

Auch Cotton gedachte seines Hutes, desgleichen des Revolvers, den er hinter seinem Rücken zu verstecken suchte.

„Und dies" — fuhr Hal fort — „ist Herr Pete Hanum, von Beruf Zähneeinschlager. Der andere Herr, dessen Namen ich nicht kenne, dürfte sein Gehilfe sein." Hal sprach weiter, die gesellschaftlichen Formen beobachtend, um seinem Geist die Möglichkeit zur Ausarbeitung eines Planes zu verschaffen. Alles kam auf die von ihm gewählte Taktik an. Sollte er Percy beiseite ziehen, ihm, im Vertrauen auf seine Menschlichkeit ruhig die ganze Geschichte erzählen? Nein, so konnte man bei den Harrigans nicht vorgehen! Durch Gewalt waren sie hinaufgekommen; Gewalt allein vermochte bei ihnen etwas auszurichten! Man konnte Percy nur dadurch beeinflussen, indem man sich an ihn vor seinen Gästen wandte, diesen die Situation klar machte und ihre Gefühle ausnützte, um einen Zwang auf ihn auszuüben.

Des Kohlenkönigs Sohn stellte neue Fragen. Was solle all dies bedeuten? Und Hal beschrieb die Lage der Leute im Schacht: „Sie haben weder Speise noch Trank, außer was sie für ihr Mittagessen in Schüsseln mitgenommen. Seit der Explosion sind dreieinhalb Tage vergangen! Sie atmen schlechte Luft ein; der Kopf schmerzt sie, ihre Zungen trocknen aus, keuchend liegen sie auf der Erde! Sie warten — das Vertrauen auf ihre Freunde, die sie retten werden, erhält sie am Leben. Sie wagen es nicht, die selbstgebauten Barrikaden zu zerstören, weil die mörderischen Gase sie sofort töten würden. Doch wissen sie, daß die Retter kommen werden, lauschen, ob sie nicht Axt- und Pickelschläge vernehmen. So steht es um die Sache."

Hal schwieg, wartete, daß der junge Harrigan durch ein Zeichen seine Erregung verrate; doch blieb dies aus und Hal fuhr fort:

„Stell es dir doch vor, Percy. Im Schacht ist ein alter Mann, ein Irländer; seine Frau und acht Kinder warten vergebens auf Kunde, ob er noch lebt. Ich kenne eine Frau, die ihren Mann und drei Söhne im Schacht hat. Seit dreieinhalb Tagen stehen die Frauen und Kinder an der Schachtöffnung; ich sah sie sitzen, den Kopf auf die Knie gesunken, oder mit erhobenen Fäusten dem Verbrecher fluchen, der die Schuld trägt."

Eine Pause entstand. „Dem Verbrecher?" — fragte der junge Harrigan! — „Ich verstehe nicht recht."

„Du wirst es nicht glauben können, doch ist nichts unternommen worden, um die Leute zu retten. Der Verbrecher hat die Schachtöffnung mit Brettern und Leinwand verschließen lassen."

Ein Murmeln des Entsetzens kam von den Tischgästen.

„Du wirst es kaum begreifen können, der Grund ist ein Brand im Schacht; wird der Fächer in Bewegung gesetzt, so verbrennt Kohle, aber die Gänge können von Rauch gesäubert, zumindest einige Leute gerettet werden. Es ist eine Frage zwischen Besitz und Leben, und der Verbrecher hat zugunsten des Besitzes entschieden. Er hat vor, ein bis zwei Wochen zu warten, bis der Brand erloschen ist; dann sind freilich die Männer und Knaben alle tot."

Ein neuerliches Schweigen wurde vom jungen Harrigan gebrochen.

„Wer hat das getan?"

„Er heißt Enos Cartwright."

„Wer ist das?"

„Als ich dir eben sagte, ich suchte den Verbrecher, führte ich dich ein wenig irre Percy, doch mußte ich meine Gedanken sammeln." Hal atmete tief auf; als er fortfuhr, klang seine Stimme schärfer, die Sätze fielen wie Peitschenhiebe. „Der Verbrecher, von dem ich sprach, ist der Oberaufseher der Grube, ein Mann, der von der Allgemeinen Beheizungs-Gesellschaft angestellt ist, seine Autorität von ihr herleitet. Der Verbrecher aber, der verfolgt wird, ist nicht der Mann, der den Schacht verschloß, sondern der, der ihn geöffnet haben wollte. Dieser wird als Verbrecher behandelt, weil sowohl die Gesetze des Staates als auch die Gesetze der Menschlichkeit von der Allgemeinen Beheizungs-Gesellschaft aufgehoben worden sind. Er mußte in deinem Zuge Zuflucht suchen, um sein Leben vor den Bravos und Schützen zu retten, die im Dienste der Gesellschaft stehen!"

*

Hal kannte diese Leute gut, wußte die Wirkung des Blitzes, den er eben unter sie geschleudert. Diesen Menschen galt der gute Geschmack als die vornehmste Tugend, er wußte, wie sehr er sie abstieß. Wollte er sie für sich gewinnen, so mußte er seine Gegenwart hier — als Unbefugter auf Harriganschem Gebiet — erklären.

„Percy" — fuhr er fort — „erinnerst du dich, wie oft du voriges Jahr an der Universität mit mir schaltst, weil ich den „Schmutzaufwirblern" lauschte? Du faßtest es als persönliche Beleidigung auf; warst überzeugt, ihre Geschichten seien erlogen. Ich aber wollte mich selbst davon überzeugen, ging daher in die Kohlengrube arbeiten. Ich sah die Explosion, sah, wie dieser Jeff Cotton hier Frauen und Kinder mit Flüchen und Schlägen von der Schachtöffnung trieb. Ich schickte mich an, den Leuten im Schacht zu helfen und der Berghauptmann warf mich aus dem Revier hinaus. Auch sagte er mir, wenn ich nicht verschwände, so könnte mir in einer dunklen Nacht leicht etwas zustoßen — und siehst du, heute ist eine dunkle Nacht.""

Hal wartete, um dem jungen Harrigan die Möglichkeit zu geben, sich über die Lage klar zu werden; doch schien dieser die Anwesenheit des Berghauptmanns und seines Revolvers gänzlich zu übersehen. Hal machte einen neuen Versuch.

„Diese Leute hätten mich in aller Seelenruhe umgebracht; vor wenigen Minuten schossen sie auf mich. Der Berghauptmann hält den Revolver, man kann noch das Pulver riechen. Daher erlaubte ich mir, in deinen Waggon einzudringen, Percy. Es galt mein Leben, du wirst mich schon entschuldigen müssen."

Des Kohlenkönigs Sohn benützte die günstige Gelegenheit, um seine Großmut zu beweisen. „Natürlich, Hal, du tatest recht, herzukommen. Wenn unsere Angestellten sich so verhalten haben, geschah dies ohne jegliche Berechtigung und sie werden es teuer bezahlen müssen." Er sprach mit ruhiger Sicherheit, dies war die Harrigan-Art; Jeff Cotton und die beiden Grubenpolizisten wichen zurück, schienen zusammenzuschrumpfen.

(Fortsetzung folgt.)

wollstoffen eingenommen, deren Ausfuhr 298 Millionen Dollar erreichte, die siebente von Weizenmehl im Werte von 244 Millionen. Schmieröl folgt als achtes und den Beschluß machen Speck und Schmalz. Von diesen gewaltig angeschwollenen Ausfuhrsummen muß ein großer Teil auf die Erhöhung der Preise infolge der Geldentwertung zurückgeführt werden. Die Nachprüfung, ob die Ausfuhr dem Umfang nach ebenso wie das Gewicht gestiegen ist, hat die Handelszeitschrift „The Nation" [illegible] Artikel im Werte von je über 10 Millionen Dollar [illegible] Gewichtseinheit des Pfundes gebracht. [illegible] für 1919 eine Gesamtzahl von 157,7 Milliarden [illegible] Durchschnitt der Vorkriegszeit [illegible] Steigerung um rund 84 Prozent bedeutet [illegible] 1919 mit seinen 134 Milliarden Pfund [illegible] immer noch rund 85 Prozent [illegible] Dem Umfange nach steht Kohle [illegible] an erster Stelle, nicht weniger [illegible] verließen 1920 das Land [illegible] und um [illegible] wurden 19 Milliarden Pfund [illegible] mehr als vor dem Krieg [illegible] An [illegible] zu [illegible] Millionen [illegible] verhält [illegible] Prozent [illegible] als [illegible] dem Kriege [illegible] gleich mit den [illegible] wurde [illegible] und [illegible] Zweck ein [illegible] dem eigenen [illegible] Vereinigten Staaten [illegible] Deutsch [illegible] und [illegible] Kuba [illegible] der Türkei importiert.

Aus dem Osten.

Treibjagd auf Schieber. Am [illegible] nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr wurden in [illegible] auf der [illegible]-Straße von der Menge [illegible] die mit ganzen Hauten Paketen beladen zum Bahnhof fuhren. [illegible] wurden [illegible] wobei [illegible] daß verschiedene Herrschaften [illegible] waren. [illegible] Herren wurden gehörig verprügelt. Erst nach Eintreffen der Polizei wurde die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt. [illegible] Langfinger haben sich bei den Schieberverprügelungen [illegible] gesund gemacht.

Millionentransport auf einem Handwagen. Am 1. Dezember 1919 erhielten die früheren Feldwebel Artur Janusch in Angerburg und Franz Launert in Berlin von der Intendantur des 6. Reservekorps in Schaulen den Auftrag, von der Reichsbank in Tilsit 4 Millionen Mark in Empfang zu nehmen und nach Schaulen zu bringen. In Anbetracht der großen Summe wurden ihnen drei Feldgendarmen mitgegeben. Sie hoben denn auch die 4 Millionen, die ihnen in zwei Kisten und einem Sack plombiert übergeben wurden, gegen Ausweis und Empfangsbescheinigung ab und schafften das Geld auf einem Handwagen nach ihrem Quartier in der Schneiderschen Privatklinik. Hier übergaben sie die beiden Kisten und den Sack den Feldgendarmen, und beide gingen dann, entgegen ihrer Instruktion, in eine Schankwirtschaft. Hier blieben sie von 8 bis 11 Uhr abends. Als sie heimkehrten, fanden sie die drei Feldgendarmen beim Kartenspielen. Am nächsten Tage fuhren sie nach Schaulen, und hier stellte sich beim Nachzählen der Millionen heraus, daß 731 250 Mark fehlten. Der Verbleib dieser hohen Summe konnte nicht festgestellt werden. Wegen Vergehens gegen § 177 des Militärstrafgesetzbuches wurden Janusch und Launert zu je einem Monat Gefängnis verurteilt.

Genossenschaftliches.

Konsumgenossenschaftliche Betriebsprobleme.

Am 15. und 16. August fanden in Hamburg Besprechungen von Konsumgenossenschaftsvertretern statt, die sich mit brennenden Fragen der Eigenproduktion und Betriebsführung beschäftigten. Den kleinsten Teilnehmerkreis wies natürlich die Konferenz von Vertretern konsumgenossenschaftlicher M ü h l e n b e t r i e b e auf. Die sehr anregende Aussprache drehte sich in der Hauptsache um die Frage der Belieferung der bestehenden Konsumvereinsmühlen mit In- und Auslandsgetreide und um die Möglichkeit der Errichtung weiterer Betriebe. Die Frage der Errichtung von Mühlenbetrieben durch Konsumvereine sollen zunächst die berufenen Instanzen des Zentralverbandes behandeln. Stärker besucht war bereits die Tagung der Vertreter der F l e i s c h e r e i betreibenden Konsumvereine. Hier drehte es sich einmal um die Frage des Vertriebs von Gefrierfleisch, des ferneren um den Viehankauf und um seine eventuelle Zentralisierung. Es wurde empfohlen, mit der Großeinkaufsgesellschaft die Lösung der verschiedenen Probleme zu versuchen und im übrigen alle einschlägigen Fragen auf den demnächstigen Konferenzen der Leiter der Einkaufsvereinigungen gründlich vorzuberaten. Einen ungewöhnlich starken Besuch wies der den ganzen zweiten Verhandlungstag ausfüllende Besprechung der B ä c k e r e i betreibenden Genossenschaften auf. Die ebenso lebhafte wie fesselnde Aussprache, die durch längere sachverständige und gründliche Schilderungen der Gesamtlage der konsumgenossenschaftlichen Brotproduktion eingeleitet wurde, berührte erschöpfend alle Einzelheiten und alle gegenwärtigen Schwierigkeiten des Bäckereibetriebs. Insbesondere wurde auf die enorme Schädigung dieses vor dem Kriege blühenden Betriebszweiges durch die Zwangswirtschaft, auf die immer allgemeiner werdende Nichtinnehaltung gesetzlicher Vorschriften durch das private Gewerbe, auf die ständig steigenden Unkosten und die Ungerechtigkeiten in der Mehl- und Brotpreisfestsetzung hingewiesen. Auch die Personalfrage habe sich zuungunsten der Genossenschaften verschoben. Die Genossenschaftsbetriebe würden vielfach schlechter behandelt als die privaten, wilde Streiks seien nicht selten. Die Vorteile des Großeinkaufs seien durch die mittelstandspolitischen Maßnahmen der Zwangswirtschaft beseitigt, während die Arbeitsfreudigkeit gelitten habe. Eine Revision des Gesetzes über das Nachtbackverbot sei unerläßlich, auch im Interesse der Gewerkschaft und ihrer Mitglieder, die offenbar die zahllosen Übertretungen nicht zu verhindern vermöchten. Vorbildlichen Arbeitsbedingungen, die man gern aufrechterhalten wolle, müßten auch vorbildliches Verantwortlichkeitsgefühl und vorbildliche Leistungen der Beschäftigten gegenüberstehen. In der Praxis erweise sich das Nachtbackverbot als ein die Zwergbetriebe hochpäppelndes Ausnahmegesetz gegen die Konsumvereine, das mindestens erheblich gemildert werden müsse. Von den Vertretern der Gewerkschaft wurde erklärt, daß die wilden Streiks von der Gewerkschaft ebenso scharf verurteilt würden wie von den Genossenschaften und keine Unterstützung fänden. Einig seien sie auch mit den Genossenschaften bezüglich der Notwendigkeit der einheitlichen und allseitigen Durchführung der Bestimmungen der Sozialgesetzgebung (Nachtbackverbot und Sonntagsruhe). Es handle sich bei der Frage des Nachtbackverbots für die Gewerkschaft um eine grundsätzliche, an der sie in keiner Form rütteln dürfe. Zum Schlusse wurde ein Ausschuß gewählt, der den ganzen Fragenkomplex prüfen, bestimmte Vorschläge vorberaten und die Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Körperschaften führen soll.

Aus aller Welt.

Verhaftung einer Falschmünzerbande. Bei der Ausgabe von falschen Fünfzigmarkscheinen wurde in Neumünster ein aus Kiel stammendes Ehepaar festgenommen. Die Ermittelungen in Kiel führten zur Verhaftung einer aus sieben Personen bestehenden Falschmünzergesellschaft, die falsche Scheine in großer Menge hergestellt hatte. Außer großen Posten falscher Scheine wurden 42 000 Mark bares Geld beschlagnahmt. Die Verhafteten sind geständig.

Schweres Grubenunglück in Essen. Auf der Schachtanlage der Gewerkschaft Vereinigte Helene und Amalie in Essen ereignete sich ein schweres Grubenunglück, indem die Brennscheibe eines Luftkaspels durch eine Dynamitexplosion gesprengt wurde. Vier Bergarbeiter wurden getötet, zwölf erlitten lebensgefährliche Verletzungen, an ihrem Aufkommen wird gezweifelt. — Bei der amtlichen Untersuchung des Unglücksfalles auf der Schachtanlage Helene wurde festgestellt, daß das Unglück durch zwei überladene Dynamitschüsse hervorgerufen wurde, die zum Sprengen der beschädigten Brennscheibe des Luftkaspels angelegt wurden. Da man sich über die Schußwirkung täuschte, hatten sich die beteiligten Beamten und Arbeiter nur wenige Meter von der Schußstelle entfernt. Bei Abgabe der Schüsse entwickelte sich eine Flammenerscheinung, durch welche die Beteiligten lebensgefährliche Brandwunden erlitten.

Die Mühlenwerke in Weichendorf bei Halle sind durch ein Großfeuer vollständig vernichtet worden. Mehrere hundert Zentner Getreide verbrannten. Der Schaden beträgt annähernd eine Million Mark.

Ein Bombenattentat — auf spielende Kinder. In Belfast (Irland) wurde Sonntag abend von einem unbekannten Täter in einer Straße, die hauptsächlich von Katholiken bewohnt wird, eine Bombe geworfen. Die Straße war gerade voll spielender Kinder, wovon sieben getötet sind. Der Täter ist entkommen.

Der Krach bei den Sportbanken. Ueber das Köhn-Unternehmen, das bisher in Liquidation befindlich war, ist am Sonnabend der Konkurs verhängt worden. Noch am letzten Donnerstag hatte der Konkursrichter von dieser Maßnahme abgesehn, da von Köhn der Spieleinwand erhoben wurde. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß der Köhn-Konzern seinen Gläubigern für ihre Einzahlungen Schecks ausgestellt hat, die nur von Darlehen sprechen. Aus diesem Grunde wurde der Konkurs eröffnet. Köhn selbst wurde nach seiner Vernehmung in Haft behalten und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt. Gegen Arthur Müller, dem Inhaber des verkrachten Müllerschen Konzerns, ist ebenfalls ein Haftbefehl erlassen worden, der bis zur Stunde jedoch noch nicht vollstreckt werden konnte, da Müller sich verborgen hält. Im Falle des Sportkonzerns Biedermann hat jetzt ebenfalls die Staatsanwaltschaft eingegriffen und die Bücher und noch vorhandenen Kassenbestände des Unternehmens durch die Kriminalpolizei beschlagnahmen lassen.

Schließung sämtlicher Sportbanken. Auf Grund einer Notverordnung, die wahrscheinlich vom Justizminister erlassen wird, sollen an einem bestimmten Tage dieser Woche sämtliche Sportbanken und Wettkonzerne geschlossen werden. — Der Inhaber des Turfkonzerns Emil Bachmann in Dresden ist wegen Betrugverdachtes verhaftet worden. Bachmann sind von den Einzahlern gegen 25 Millionen Mark anvertraut worden. Die Polizei stellte eine Unterbilanz von mehreren Millionen Mark fest.

Gesunkener Segler. Der von Hamburg mit einer Ladung Gerste von 150 Tons abgegangene deutsche Segler „Albatros" ist im Nordostseekanal mit dem schwedischen Dampfer „Garm" in Kollision geraten. Der Segler ist im Binnenhafen bei Holtenau gesunken. Taucher haben eine Besichtigung des Schiffes vorgenommen und festgestellt, daß Hebungs- und Reparaturkosten schätzungsweise auf etwa 200 000 Mk. zu stehen kommen. Der Wert der Ladung wird auf 600 000 Mk. geschätzt. Mit der Hebung der Ladung ist bereits begonnen worden und hofft man diese in einigen Tagen zum Teil zu bergen. Dann soll die Hebung des Schiffes erfolgen. Die geschätzten Summen sind von dem Führer des schwedischen Dampfers „Garm" hinterlegt worden. Man hatte den Dampfer nach der Kollision so lange mit Beschlag belegt, bis die Summen gedeckt waren.

Absturz eines Freiballons. Sonnabend nacht hat sich in Bitterfeld ein schweres Ballonunglück ereignet. Es waren zwei Freiballons aufgestiegen, von denen der eine, unter Führung des Lehrers Ulrich flog, alsbald gegen einen Fabrikschornstein strandete, in dessen Steigeisen und Blitzableiter sich das Netzwerk der Ballonhülle verfing. Hierdurch wurde die Hülle aufgerissen und der Boden stürzte etwa 50 Meter weiter ab. Drei der Insassen wurden getötet. Der Ballonführer Ulrich, dessen Tatkraft und Umsicht bereits durch über 40 Freiballonfahrten erprobt war, ist am Sonntag seinen Verletzungen in einer Halleschen Klinik erlegen.

Ein deutscher Segler im Kattegat gesunken. Der deutsche Segler „Katharina" aus Rendsburg ist am 12. August morgens im südlichen Kattegat auf ein unter Wasser treibendes Wrack gestoßen und eine Stunde danach gesunken. Die Mannschaft bemühte sich, das Schiff durch Pumpen flott zu halten und ging unmittelbar, bevor der Segler sank, ins Rettungsboot. Das Boot trieb zehn Stunden im Kattegat. Ein dänischer Motorsegler aus Aalborg nahm die Schiffbrüchigen auf und brachte sie nach Samsö. Der Segler befand sich auf der Reise von Lübeck nach Gotenburg.

Vermischtes.

Boxer-Dämmerung. Es scheint, daß der Taumel, der das amerikanische Volk bei dem Wettkampf Dempsey-Charpentier ergriffen hatte, nunmehr zu einem Rückschlag geführt hat, der der Zukunft des Boxens in den Vereinigten Staaten gefährlich ist. Während der Austrag aller Gegensätze mit der Faust im Gesicht des andern bisher für die vornehmste Art des Yankee galt, finden sich nun in der amerikanischen Presse sehr abfällige Aeußerungen, die auf eine „Boxer-Dämmerung" hinweisen. Nicht nur verbietet der Staatsanwalt von Newyork die Filmaufnahmen des „unzierlichen Ringens" vorzuführen, sondern man erörtert überhaupt die Frage, ob Preisboxer noch weiter in der Union erlaubt werden soll. Ein sehr wichtiger Umstand ist dabei, daß der Neger Jack Johnson nach Abbüßung der Gefängnisstrafe für seine verschiedenen Schandtaten sich wieder in Freiheit befindet und ungestüm danach verlangt, sich mit Dempsey zu messen. Der furchtbare Neger, dem bisher noch kein anderer Boxer widerstehen konnte, ist 42 Jahre alt, wiegt 222 Pfund und befindet sich auf der Höhe seiner Kräfte, so daß für Dempsey nicht viel zu hoffen ist. Die Volksstimmung aber ist durchaus gegen den Neger, der sich in seinem sittlichen Leben viel hat zuschulden kommen lassen und man fürchtet die Aufrollung der jetzt überhaupt so kitzlichen Frage des Gegensatzes von Weiß und Schwarz. Ein Match zwischen Dempsey und Johnson würde nicht ohne die ärgste Aufpeitschung der Masseninstinkte vor sich gehen können, und deshalb denkt man daran, die Preisboxkämpfe überhaupt zu verbieten. Unterdessen ist bereits ein „Kreuzzug gegen das Boxen" eröffnet worden, und der Vorkämpfer in diesem „heiligen Krieg" ist ein Baptistenprediger Dr. Straton, der in Newyork ebenfalls durch seine rednerischen Fähigkeiten wie durch seine sachkundigen Erläuterungen des Boxens Aufsehen erregt. Er predigt nicht nur gegen das Preisboxen, sondern er macht es auch auf der Kanzel in aller seiner Scheußlichkeit vor, und man rühmt die Exaktheit der „Magenstöße" und „Uppercuts", die er während des Redens zur Illustrierung ausführt. Dr. Straton erklärt, daß Newyork wie Ninive innerhalb von 40 Tagen vom Erdboden verschwinden werde, wenn es sich nicht von Grund auf bessere und besonders gegen die Preisboxer vorgehe. Er überschüttet die Newyorker mit einer Flut von ungalanten Titulaturen, von denen zur Charakterisierung seiner oratorischen Künste eine Auswahl angeführt sei. „Ihr Spieler und Schieber" ruft er ihnen zu, „Ihr Menschenverächter und Kindertöter, Ihr Einbrecher und Taschendiebe, Ihr Mammonanbeter und Menschenausbeuter, Ihr Anbeter und Amazonen, laßt ab von Eurem scheußlichen Doppelleben, von Eurer Vielweiberei und Scheidungssucht, von Euren gemeinen Vergnügungen, Verletzung des Sabbats und Verleugnung Gottes!" Die Boxkämpfe sind ihm und anderen Eiferern nur ein Zeichen dieser allgemeinen Verrottung, der ein Ende gemacht werden muß.

Schäfer Ast und seine Zunft.

Schäfer Ast, der gewitzte Kurpfuscher aus der Lüneburger Heide, der jetzt als Rittergutsbesitzer in hohem Alter gestorben ist, hat eine gar große und alte Familie. Wenn der Quacksalber des Mittelalters auf öffentlichem Markt mit einem Hanswurst und einem Affen auftrat, und wenn er seine Künste im buchstäblichen Sinn des Wortes austrompetete, so war das nur ein sinnfälligerer Ausdruck für das, was auch seine modernen Kollegen nicht anders machen. Der Sinn von ihrer aller Tun liegt in dem Geschichtchen von dem Heilmittelschwindler, der auf die Frage, ob sein Mittel denn auch helfe, geantwortet hat: „Mir hat's geholfen!" Im Mittelalter mag die Sache etwas gefährlicher gewesen sein; da erwischte den einen oder den anderen hie und da die Hand der Obrigkeit und zündete ein kleines Feuerchen unter ihm an; aber das geschah auch dem rechtschaffensten Zeitgenossen. Heutzutage sind die Zusammenstöße mit der Gerichtsbarkeit für solche Leute weniger schmerzhaft, und wenn sie ihr Geschäft verstehen, haben sie den Unfall gewöhnlich bald überwunden.

Das verstehen allerdings die wenigsten so gut wie der Schäfer Ast, der sich das Wort: „Mir hat's geholfen" wohl auf den Grabstein setzen lassen dürfte, und der deshalb mit Recht als Typus der ganzen Zunft gilt. Vor allem war er schlau genug, keinem seiner Patienten wehe zu tun. Er quälte sie nicht bei der Untersuchung, sondern schnitt ihnen nur ein paar Nackenhaare ab, und stellte danach seine „Diagnose". Sie war ebenso einfach wie seine „Medizin". Er hatte die Krankheiten in vier Kategorien eingeteilt, und für jede gab es ein Rezept: Medizin eins bis vier. Wenn sie nichts nützte, so schadete sie auch nichts; denn die Astschen Heilmittel waren, wie die Analysen ergaben, von völliger Harmlosigkeit.

Bevor der gute Schäfer Ast die Menschen zu kurieren begann, hatte er sich mit Tierarzneikunde befaßt. Vermutlich mit demselben tiefgründigen Wissen, das ihn auch zu seiner „ärztlichen" Tätigkeit befähigte. Aber die Menschen in der weiten Lüneburger Heide sind harmlos und leichtgläubigen Gemüts, und so kam eines Tages das Gerücht auf, der Schäfer Ast in Radbruch sei ein Wunderdoktor. Er war natürlich nur ein Mann mit einer besonders reichen Dosis Bauernschlauheit, und er verstand sich, wenn auch nicht auf die Medizin, so doch auf die Psychologie der Menschen. Nur so ist es zu verstehen, daß der Zulauf zu ihm gigantische Formen annahm, daß schließlich die Kranken nicht nur aus der ganzen Lüneburger Heide, sondern von weither kamen, und daß sogar aus Hamburg eine wahre Völkerwanderung von Heilungsuchenden nach Radbruch strömte. Um den Andrang zu bewältigen, mußte die Eisenbahn Extrazüge einlegen; an manchen Tagen kamen mehr als 500 Besucher zum guten Schäfer Ast, der allen ein paar Nackenhaare abschnitt und dann sofort wußte, wo es ihnen wehe tat. Man muß sich, um die beinahe magische Anziehungskraft dieses simplen Mannes zu verstehen, in das Seelenleben eines Kranken versetzen, dem die Ärzte keine Heilung bringen konnten, und der nun von den angeblichen Wundererfolgen dieses Quacksalbers hört. Ein bedeutender Kliniker hat einmal einem Zweifler und Skeptiker geantwortet: „Wenn die Medizin vielleicht auch keine exakte Wissenschaft ist, so ist sie doch die Kunst, Kranke zu heilen." Aus solchen Erwägungen heraus sind sicherlich Tausende und aber Tausende, die im Grunde vom Unwert allen Kurpfuschertums überzeugt waren, zum Schäfer Ast gepilgert, indem sie sich sagen mochten: „Nützt es nichts, so schadet es auch nichts; und wer weiß, vielleicht ist der Schäfer Ast doch ein Wunderdoktor!"

Quacksalber von seiner Art gibt es ungleich mehr, als man ahnt; in jeder Stadt, und ganz besonders in der Großstadt, wimmelt es von Kurpfuschern, von denen zwar nur ganz wenige wie der Schäfer Ast Millionen scheffeln, die aber durchweg besser leben, als so mancher Arzt. Und auf dem platten Lande wird erst recht gequacksalbert. So hatte Ast in den verschiedensten Gegenden „Konkurrenten"; aber keiner von ihnen hatte den gewaltigen Zulauf wie er. Da gab es seit langen Jahren den berühmten „Lehmpastor" Felke in Repelen am Niederrhein im Kreise Mörs, dessen Behandlungsweise schon sein Spitzname erkennen läßt; da sind die Brüder Ausmeyer auf dem Eichsfeld, da ist der Schäfer von Krosigk am Petersberg bei Halle, der alle Krankheiten aus dem Urin diagnostiziert. Der Schäfer Ast ließ, nachdem er zu Gelde gekommen war, seinen Sohn Medizin studieren, um ihn als „Assistenten" zu benutzen und sich so auf alle Fälle zu decken. Er starb als Millionär und Rittergutsbesitzer; der große Doktor Eisenbart, der Ahnherr aller Quacksalber, war neben ihm ein Waisenknabe.

Danziger Nachrichten.

Die Verkürzung der Amtsdauer der Hauptsenatoren.

Der Völkerbundrat hat bekanntlich in seiner Sitzung vom 22. Juni beschlossen, die in der Verfassung des Freistaates für die hauptamtlichen Senatoren festgesetzte Amtsdauer von 12 Jahren, auf 4 Jahre herabzusetzen. Nach dem jetzt gedruckt vorliegenden Bericht soll dieser Beschluß durch folgenden Passus in die Verfassung eingefügt werden:

„Der Präsident und die sieben hauptamtlichen Senatoren werden durch den Volkstag auf vier Jahre gewählt. Die Wahlen dürfen nicht stattfinden vor dem Ablauf von sechs Monaten oder später als 12 Monate nach Beginn der Wahlperiode eines neugewählten Volkstages. Die gesamten Senatoren treten ihr Amt ein Jahr nach Beginn der Wahlperiode dieses Volkstages an. Was die Amtsbefugnisse dieses Präsidenten und der sieben hauptamtlichen Senatoren, die durch den ersten Volkstag gewählt sind, anbetrifft, so sollen diese ein Jahr nach Beginn der Wahlperiode eines neugewählten Volkstages erlöschen. Im Falle eines Rücktrittes oder Todesfalles wird der Ersatzmann für den Rest der Amtsdauer des zurücktretenden oder verstorbenen Senators gewählt."

Durch diesen Beschluß des Völkerbundrates ist also die Sterbestunde für die jetzigen Hauptsenatoren im weitesten Falle auf Ende 1923 festgesetzt. Die Wahlperiode des jetzt bestehenden Volkstages endigt, wenn sich der Volkstag nicht doch noch bereits früher von selbst auflöst, am 31. Dezember 1923. Ein Jahr nach Beginn der Wahlperiode des neuen Volkstages wäre dann auch die Amtsdauer der jetzigen Hauptsenatoren beendet.

Dieser Termin gilt jedoch nur im allerschlimmsten Fall, daß der jetzige Volkstag noch bis Ende 1923 zusammen bleibt. Es dürfte jedoch kaum Optimisten geben, die damit rechnen.

Es ist anzunehmen, daß der Völkerbundrat nunmehr das Ersuchen an den Senat und Volkstag stellen wird, diese von ihm verlangte Aenderung der Verfassung vorzunehmen. So unerwünscht auch äußere Machteingriffe in die inneren Angelegenheiten eines Staates im allgemeinen sind, so liegt diese Aenderung der Verfassung doch im Lebensinteresse des Freistaates. Die Sozialdemokratie hat anläßlich der Verfassungsberatungen die Schaffung einer autokratischen Beamtenregierung, wie sie ein auf 12 Jahre gewählter Senat darstellt, auf das schärfste bekämpft. Die Verhältnisse haben der Sozialdemokratie recht gegeben. Bereits jetzt nach kaum ¾jähriger Amtsdauer des Senats, hat sich der vollkommen unhaltbare Zustand herausgebildet, daß der Senat nicht nur mit dem Volkstag nach Belieben umspringt, sondern auch ohne jede Einsicht in die wirklichen Verhältnisse die Existenz der Mehrheit der Bevölkerung zugunsten einer kleinen Schicht leichtfertig aufs Spiel setzt. Die jetzige volksfeindliche Politik des Senats ist, neben der verhängnisvollen Zusammensetzung des Volkstages durch die Wahl vom 16. Mai 1920, eine Folge der festen, unverantwortlichen Anstellung der Senatoren, wodurch sich diese nicht mehr als Diener des Volkes, sondern als Beamte in dem Sinne der Machtstellung fühlen, wie sie im alten preußischen Obrigkeitsstaat üblich war. Wie in Preußen—Deutschland diese kurzsichtige Abgeschlossenheit der beamteten Regierungskaste zum Verhängnis des Staates und Volkes wurde, sind wir auch hier im Freistaat leider auf dem besten Wege dazu.

Die vom Völkerbundrat beschlossene Kürzung der Amtsdauer bringt zwar nicht die von der Sozialdemokratie erstrebte volle Durchführung des demokratischen Prinzips, jedoch trägt die gefällte Entscheidung des Völkerbundrats diesem Prinzip insofern gewichtig Rechnung, als sich die von den Japaner Ishii dazugegebene Begründung wie folgt der grundlegenden Auffassung der Sozialdemokratie anschließt:

„Was den Rat des Völkerbundes während seiner Tagung in Paris am meisten in Erstaunen gesetzt habe, war die Tatsache, daß die Amtstätigkeit der hauptamtlichen Senatoren eine 12jährige Dauer haben soll. Der Rat betrachtet es als unzulässig, daß der Präsident des Senats und sieben andere Senatsmitglieder und gerade die Mitglieder, die mit der Leitung der Regierungsabteilungen betraut sind, **nicht nur unabsetzbar durch ein Votum des Volkstages sein sollen, sondern daß ihnen auch eine Amtsdauer zugesichert wurde, die sie tatsächlich unabhängig von der öffentlichen Meinung, wie sie durch den Volkstag ausgedrückt wird, macht.** Der Rat hat entschieden, die Freie Stadt Danzig aufzufordern, **Vorkehrungen zu treffen**, daß die Danziger Senatoren **tatsächlich und völlig vor dem Volke verantwortlich seien und daß, was die für eine bestimmte Zeitdauer ernannten Senatoren anbetrifft, ihre Amtsdauer in der Weise vermindert wird, daß dem Volkstag öfters Gelegenheit gegeben wird, sich über die Fortsetzung dieser Amtsführung zu äußern.** Nach Ansicht des Rates ist der wichtigste Punkt der, daß dem Volkstag öfters Gelegenheit zur Aeußerung seiner Ansicht über die Fortsetzung der Amtsdauer der Senatoren gegeben wird. Wenn die Mandate auf eine weniger ausgedehnte Zeit befristet würden, so gewinnt der Volkstag dadurch einen unmittelbaren Einfluß auf die Führung der dem Senat anvertrauten Politik."

Mit seinem oben wiedergegebenen Beschluß trägt der Völkerbundrat dieser Begründung allerdings nicht vollkommen Rechnung. Die Neuregelung stellt vielmehr ein Kompromiß zwischen der bisher bestehenden und der anzustrebenden notwendigen Regierungsform dar. Inwieweit durch diese Form die zutage getretenen verhängnisvollen Begleiterscheinungen einer Beamtenregierung ausgeschaltet werden, wird die nächste Zukunft zeigen. Der Beschluß des Völkerbundrats sollte aber für den jetzigen Senat Mahnung genug sein.

Das vorläufige Haushaltsgesetz für 1921

ist nunmehr vom Senat im Gesetzblatt veröffentlicht. Nach den vom Volkstag und Senat gefaßten Beschlüssen, die durch ihre Verkündigung in Kraft treten, ist der Senat ermächtigt, die Verwaltung der Freien Stadt hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben auf Grund des Haushaltsplanes für 1920 zu führen, bis ein endgültiges Haushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1921 erlassen ist.

Außerdem ist der Senat durch dieses Gesetz ermächtigt, folgende laufende Ausgaben zu leisten: Im Haushaltsplan für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an Besoldung für drei hauptamtlich tätige Schulaufsichtsbeamte 78 000 Mk. und Kosten für drei Schulaufsichtsbezirke 18 000 Mk. Im Haushaltsplan der Medizinal- und Veterinärverwaltung Miete für die Räume des Gesundheitsamtes, das im Hause Sandgrube Nr. 41 a/b angemietet werden sollen, 60 000 Mk. Im Haushaltsplan der Meliorationsbauverwaltung für Beihilfen zur Unterhaltung von Deichen 80 000 Mk.

Ferner sind folgende einmalige Ausgaben durch dieses Gesetz bewilligt: Im Haushaltsplan der Schutzpolizei zur Beschaffung von drei Motorbooten für den Sicherheitsdienst auf dem Wasser 300 000 Mk. Im Haushaltsplan der Allgemein-Verwaltung ein Darlehen an die Anstalt Silberhammer für notwendige Anschaffungen und Erweiterungen 50 000 Mk. Im Haushaltsplan der Medizinal- und Veterinärverwaltung für Ankauf des Medizinaluntersuchungsamts 100 000 Mk. Für Umbau und Einrichtung des Landeshauses für Zwecke des Volkstages 150 000 Mk. Im Haushaltsplan der Weichselstrombauverwaltung für Notstandsarbeiten in Pieckel 55 000 Mk. Im Haushaltsplan der Abteilung für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für die Eindeichung des Dubbahafens 383 000 Mk. Im Haushaltsplan der Postverwaltung zum Ankauf und Umbau eines Grundstückes für eine Postanstalt in Kalthof 260 000 Mk.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgeordneten Rahn, Raube, Beyer und Mau

hat der Senat, Justizabteilung, nunmehr unterm 18. August beim Volkstag beantragt. Wie bereits berichtet, sollen sich die kommunistischen Abgeordneten Raube und Beyer wegen Vergehens gegen § 181 des St. G. B. und wegen Beleidigung des Senats (§§ 185 bis 187 des St. G. B.) und die Abgeordneten Rahn (Kom.) und Mau (USP.) wegen Beleidigung des Senatspräsidenten verantworten.

Protestversammlungen gegen die Verteilung der Eisenbahnen. Am Freitag, den 26. August, abends 6 Uhr, finden im Gewerbehause, Friedrich-Wilhelm-Schützenhause, Werftspeisehause und Sporthalle, die vom Danziger Heimatdienst angesetzten Protestversammlungen gegen den Entscheid des General Haking in der Eisenbahnfrage statt. Näheres wird durch Plakate bekanntgemacht.

Die Auszahlung der Renten für September. Für den Monat September erfolgt die Auszahlung der Militär-Versorgungsgebührnisse am 29. und 30. August, die Auszahlung der Invaliden-, Unfall-, Waisen- usw.-Renten am 1. und 2. September im Werftspeisehause.

Die unter den hiesigen Buchdruckern veranstaltete Geldsammlung zugunsten der streikenden Kollegen in Köln a. Rhein und Mainz ergab in den einzelnen Druckereien folgende Summen: A. W. Kasemann 298 Mark, „D. N. N." 118 Mark, Bäcker 108 Mark, „Dziennik Gdanski" 102 Mark, „Gazeta Gdanski" 86 Mark, „Zoppoter Zeitung" 88 Mark, „Volksstimme" 53 Mark, „Danziger Allgemeine Zeitung" 51 Mark, Sauer 44 Mark, „Danziger Arbeiter-Zeitung" 44 Mark, Gorschalki 35 Mark, Schroth 44 Mark, Wedel 21 Mark, Bodenstein 20 Mark, Dix u. Co. 15 Mark, Schwital 15 Mark. Die Gesamtsumme beträgt mithin 1127 Mark. Der Streik in Köln ist inzwischen beendet. Die aufgestellten Forderungen sind von den Unternehmern restlos bewilligt. Die Buchdrucker Kölns lassen allen Gebern für die erfolgreiche Unterstützung danken. In Mainz scheint den Kollegen der Erfolg auch beschieden zu sein. J. A.: Rob. Selow.

Die Ausgabe der Börsenkarten für die zum Besuch der Börse zugelassenen Personen erfolgt ab Donnerstag, den 25. d. Mts. in der I. Geschäftsstelle der Handelskammer, Langermarkt 48, 2 Treppen, nachmittags von 5—6 Uhr. Es sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß nur die Börsenkarten für die Inhaber, Vorstandsmitglieder, Direktoren, Geschäftsführer usw. handelsgerichtlich eingetragener Firmen, ferner die Eintrittskarten für Berichterstatter der Presse, Boten und sonstige ohne Befugnis zum Börsenbesuch zugelassene Personen frei von Gebühren sind; für die Karten kaufmännischer Angestellten (Prokuristen, Handlungsgehilfen, Bevollmächtigte), die zum Handel an der Börse zugelassen sind, ist laut § 14 der Börsenordnung eine Gebühr von 50.— Mk. für jede Karte zu entrichten. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß nur die Karten für die Firmen ausgehändigt werden können, die bereits ihre Einschätzung erhalten und der Handelskammer die Namen der besuchenden Personen mitgeteilt haben. Soweit dieses noch nicht geschehen ist, kann die Ausgabe erst nach entsprechender schriftlicher Mitteilung erfolgen.

Im Hafen festgehalten wird zurzeit der im Hafenkanal segelfertig liegende Stralsunder Segler Maria II. Das etwa 64 Netto-Register-Tons fassende Schiff, soll angeblich Kriegsmaterial (Flugzeuge usw.), für Rußland geladen haben. Von einer Kommission, im Beisein eines Engländers und eines Franzosen, ist der Segler am Sonnabend nachmittag untersucht worden. Das Schiff darf den Hafen vorläufig nicht verlassen.

Der Bau einer Vollbahn Danzig—Tiegenhof wird bekanntlich seit längerer Zeit von den interessierten Kreisen gefordert. Wie mitgeteilt wird, hat die Eisenbahndirektion für den Bau etwa 80 Millionen Mark herausgerechnet, so daß eine Verzinsung dieses Kapitals aus den Einnahmen der zu erbauenden Eisenbahn nicht erzielt werden könnte. Die Verwendung des 3. und 4. Geleises der Strecke Lieffau—Kalthof würde die Kosten nur um 10 Millionen vermindern. Da noch nicht feststehe, wer Eigentümer dieser Eisenbahnschienen wird, ist es schon aus diesem Grunde zurzeit nicht möglich, den Bau der Eisenbahn in die Wege zu leiten. Wie vom Senat erklärt wird, muß auch mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staates zurzeit vom Bau der geplanten Eisenbahnlinie Abstand genommen werden.

Den Tod durch Ertrinken suchte gestern früh gegen 5 Uhr die Vorkosthändlerin B., wohnhaft Hühnerberg, in dem früheren Stadtgraben, jetzigem Umfluter an Bastion Aussprung. Der Vorfall wurde von Anwohnern bemerkt. Dem 18jährigen Arbeiter F. Schapeter gelang es, die Lebensmüde zu retten. Die Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Schwermut soll der Grund zur Tat gewesen sein.

Polizeibericht vom 23. August 1921. Festgenommen: 9 Personen, darunter 2 wegen Hehlerei, 3 wegen Betruges, 1 wegen Bettelns, 5 in Polizeihaft.

Ohra. Zu erhängen versuchte sich am Freitag abend der kleine, erst 11 Jahre alte Herbert Potschalz im Stalle, Marienstraße 8. Ein Nachbar, der das Stöhnen des Kindes hörte, kam noch so rechtzeitig hinzu, um den Jungen abzuschneiden und den bereits Bewußtlosen wieder ins Leben zurückzurufen. Der Kleine, der als uneheliches Kind von seiner Mutter in die Ehe mitgebracht worden ist, gab an, daß er nicht mehr weiter leben wollte, weil er die harte Behandlung durch seine Mutter nicht mehr ertragen könnte.

Am Zoppoter Nordbad verschwundene Kinder. Seit Sonntag nachmittag zwischen 5½ und 7 Uhr sind drei Kinder im Alter von 10, 8 und 9 Jahren, die am Zoppoter Nordbade spielten, spurlos verschwunden. Anscheinend liegt Entführung durch drei Personen vor. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß ein Unglücksfall durch Ertrinken vorliegt. Die Kinder heißen: Erika Palikowski, aus Langfuhr, Kastanienweg 5a (10 Jahre), Ilse Bethke, Danzig, Bischofsberg 8, (8 Jahre), Hans Bethke, Danzig, Bischofsberg 8 (6 Jahre). Erika Palikowski hat blaue Augen, rundes blasses Gesicht, volles blondes Haar und war bekleidet mit weiß und blau gestreiftem Wollkleid, blauen Manschetten, braunen Wadenstrümpfen und hohen braunen Schnürschuhen. Ilse Bethke hat frisches längliches Gesicht, blaue Augen, volle hellblonde Locken und war bekleidet mit weißem Wollkleid, Spitzenkragen, weißen Wadenstrümpfen und hohen braunen Schnürschuhen. Hans Bethke hat schmales Gesicht, blondes kurzgeschnittenes Haar, blaue Augen und Narbe am Kopf. Bekleidet war er mit dunkelblauer Tuchhose, dunkelgestreifter Hosenträgern, hellgelbem Kittel mit Lochstickerei, hellblauer Schnur als Gürtel, weißen Wadenstrümpfen und schwarzen hohen Schnürschuhen. Zweckdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei Zoppot.

Stockungen im Korridorverkehr.

Durch einen Streik der Eisenbahner in Pommerellen und Posen, die gestern wegen Nichtbewilligung von Lohnforderungen die Arbeit eingestellt haben, ist auch der Danziger Eisenbahnverkehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Der gestern nachmittag nach Dirschau fahrplanmäßig abgelassene Personenzug kam nur bis Hohenstein. Auch die Züge nach Posen und Warschau fielen gestern aus. Heute früh blieb auch der Berliner D-Zug über Schneidemühl aus. Wie verlautet, soll er in Konitz aufgehalten und wieder zurückgefahren sein. Auch die Postsachen aus Berlin, die vorzugsweise auf dieser Strecke befördert werden, sind somit heute früh ausgeblieben. Die Züge aus Königsberg sind dagegen, wenn auch mit Verspätung, eingetroffen.

Aus den Gerichtssälen.

Zuckerschiebung. Vor dem Schöffengericht hatten sich der Friseur Eugen Kubitzki, der Magistratshilfsarbeiter Richard Machtans und die Sekretärin Frau Marie Lindemann in Danzig zu verantworten. Ein wegen dieser Tat bereits bestrafter Kaufmannslehrling stahl seiner Firma 1½ Zentner Zucker und bot ihn dem Kubitzki für 5,50 Mark das Pfund an. Kubitzki bot den Zucker, von dem er 19 Pfund für sich behielt, dem Machtans an und verlangte 6 Mark. Machtans wieder bot den Zucker der Lindemann an, die ihn für 7,50 Mark für den Danziger Hof einkaufte. Der Zuckerhöchstpreis betrug damals nur 1,50 Mark das Pfund. Kubitzki hatte sich um der Hehlerei schuldig gemacht, da er wissen mußte, daß der Zucker nicht ordnungsmäßig erworben war. Er wurde dieserhalb mit einer Woche Gefängnis bestraft. Ferner hat er und Machtans den Höchstpreis überschritten und Kettenhandel betrieben und dafür wurde jeder mit 3000 Mk. bestraft. Frau Lindemann wurde wegen Höchstpreisüberschreitung mit 300 Mark bestraft. Von Machtans werden außerdem 600 Mark übermäßiger Gewinn eingezogen.

Wegen Ladendiebstahls stand eine jugendliche Verkäuferin aus guter Familie weinend vor dem Schöffengericht. Sie lernte in einem Geschäft in Danzig und genoß hier Vertrauen. Ihr Lehrlingsgehalt von 175 Mk. monatlich war gering und sie geriet auf die schiefe Ebene. Sie bezahlte ihre Schneiderin, indem sie ihr Waren aller Art aus dem Geschäft brachte, die sie heimlich entwendete. Auf diese Weise brachte sie Waren im Werte von mehreren Tausend Mark fort. Der Geschäftsinhaber meinte vor Gericht, daß er dagegen nichts einzuwenden habe, wenn das Personal kleine Mengen Waren entwendet, aber hier sei die Sache übertrieben worden. Er habe einen Geschäftsgewinn von 250 000 Mk. gehabt, der sich durch die Diebstähle merklich minderte, so daß sich die Steuerbehörde darüber wunderte. Das Gericht verurteilte die Verkäuferin wegen Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis, die Schneiderin wegen Hehlerei zu 3 Monaten Gefängnis.

Versammlungs-Anzeiger

Arbeiter-Sportkartell.

Mittwoch, den 24. August, abends 6 Uhr: Kartellsitzung im Stockturm. Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Arbeiterjugend Langfuhr.

Am Mittwoch, den 24. August, abends 7 Uhr, findet im neuen Heim in der Telegraphenkaserne Neuschottland (letztes Gebäude), die Einweihungsfeier des Jugendheims statt. Alle Mitglieder, sowie deren Eltern, Freunde und Bekannte werden hierzu herzlichst eingeladen.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	(Auszl. 3,50)	3,37	am Vortage	3,60
Dollar:		86½—¾	" "	86¾
Engl. Pfund:		320	" "	318
Franz. Franks:		670	" "	665
Schweiz. Franks:		1480	" "	1445

Wasserstandsnachrichten am 23. August 1921.

	gestern	heute		gestern	heute
Zawichost	+ 0,42	+ 0,47	Pieckel	— 0,60	— 0,61
Warschau	+ 0,49	+ 0,50	Dirschau	— 0,75	— 0,75
Plock	+ 0,18	+ 0,18	Einlage	+ 2,24	+ 2,22
Thorn	— 0,30	— 0,33	Schiewenhorst	+ 2,50	+ 2,48
Fordon	— 0,37	— 0,40	Schönau O. P.	+ 6,20	+ 6,19
Culm	— 0,54	— 0,55	Galgenberg O. P.	+ 4,48	+ 4,45
Graudenz	— 0,45	— 0,46	Neuhorsterbusch	+ 2,24	+ 2,26
Kurzebrack	+ 0,04	+ 0,06	Anwachs	— 1,19	— 1,23
Montauerspitze	— 0,49	— 0,50			

Letzte Nachrichten.

Das amerikanische Hilfswerk in Rußland.

Paris, 22. August. Wie Havas aus Riga meldet, haben die Sowjets angesichts der Schwere der Lage allen von der amerikanischen Hilfskommission gestellten Bedingungen zugestimmt. Diese sind folgende: Die Mitglieder der amerikanischen Mission genießen die diplomatische Immunität. Sie haben das Recht unentgeltlicher Benutzung von Telephon und Telegraph. Die Hilfsmagazine dürfen nur in Gegenwart eines amerikanischen Vertreters visitiert werden. Die Sowjetregierung gewährleistet eine gerechte Verteilung der Unterstützung. Sie will alle amerikanischen Internierten in Freiheit setzen. Wie Havas weiter meldet, schätzt man die der amerikanischen Kommission zur Verfügung stehenden und von ihr noch zu erwartenden Waren auf 30 Millionen Dollar. — Nansen ist in Riga angekommen.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilh. Im Bolze, für Freistaatpolitik, Lokales und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Ewert in Oliva.

Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

DER ZIRKUS der 7000

genannt der
Europäische
Barnum & Bailey
Große Wanderschau

Cirkus Henny

kommt!! (4690

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53/55 (5861

Achtung! Ab heute! Nur bis einschließlich Freitag!
Der große Sensations-Spielplan!

„Erpresser"

13. sensationelles Erlebnis des Sensations-Meisterdetektivs **Harry Hill** in 5 großen äußerst spannenden und aufregenden Akten.
In den Hauptrollen:
Vali Arnheim :: Marga Lindt.

„Ivo der Bucklige"

Abenteurer- und Sensations-Film in 4 großen Akten mit **Ernst Reicher.**

Lustspiel-Einlage.

Moderne Kunst-Lichtspiele
Langfuhr
Am Markt

Das selten schöne Programm.

Die böse Lust

Diktatur der Liebe mit **Esther Carena.**
Moderner Sittenfilm in 6 Akten.

Um den Lohn

Prächtiges Drama mit **Carola Toelle.**

Ab Freitag der gr. Sittenfilm des Jahres!

Großstadtmädels. (4881

In den Kammer-Lichtspielen:

Vampire im Spiegel	Fasching
Detektiv Frank Morton	Drama mit Rilde Wörner. Lustspiel-Einlage.

Singer Nähmaschinen

Erleichterte Zahlungsbedingungen

Ersatzteile, Nadeln, Oel, Garn
::: Reparaturen ::: (4809

Singer Co. Nähmaschinen Akt. Ges. — Danzig Langgasse 28.

Ueber proletarische Ethik

Das proletarische Schaffen vom Standpunkt der realistischen Philosophie.

Preis Mark 3.–

Buchhandlung „Volkswacht"
Spendhaus Nr. 6. – Paradiesgasse Nr. 32.

STAMBUL
Borg-Zigaretten

huldigen über 30 Jahre dem Grundsatze:

Nicht Größe, sondern

Qualität

Deutsche Auswanderer aus Polen

die durch Umzugskosten, Erwerbsverlust, Verkauf von Sachen gegen polnische Valuta, Vermögensabgabe oder durch Maßnahmen der polnischen Behörden pp. Verluste erlitten haben, können Schadenersatz laut Bestimmung des Verdrängungsschädengesetzes anmelden durch die (4825

Danziger Treuhandgesellschaft
Geschäftsst. Zoppot, Haffnerstr. 18, Sprechst. 9—3 Uhr.
Schriftlichen Anfragen bitte Rückporto beifügen.

Verkäuferinnen

für die Trikotagenabteilung
suchen für sofort oder später.
Vorstellung 10–12 u. 5–6. (†

Potrykus & Fuchs.

Für die Damen-Konfektion

suchen wir zum 1. September eine

gewandte Verkäuferin.

Persönliche Vorstellung vormittags 9–11 Uhr.

A. Fürstenberg Wwe. (†

Gewandte tüchtige

Verkäuferinnen

per September/Oktober bei hohem Gehalt gesucht. Persönliche Vorstellung von 9 bis 1 Uhr erbeten. (†

Crefelder Seidenhaus
Gr. Wollwebergasse 15.

Bernstein-Schleiferinnen

werden per sofort für dauernd eingestellt.

Hugo Barth,
Bernsteinwaren-Fabrik, Langgarten 78. (†

Ehrlicher Laufbursche

fürs Kontor zum sofortigen Eintritt gesucht.
Gustav Springer Nachf., Holzmarkt 2.

Kinder-Schuh-Woche

Für die Kinder nur das Beste!

Kinder strapazieren ihr Schuhwerk weit mehr als Erwachsene. Unsere Kinderstiefel sind daher stets aus bestem, haltbarstem Oberleder mit kräftigsten Kernledersohlen über naturgemässe Leisten hergestellt. Wir verkaufen diese vorzügliche Qualitätsware trotz der dauernden starken Preissteigerungen auf dem Ledermarkt **jetzt noch sehr billig!**

Dauerhafter **Schul- und Spielstiefel,** grauer Drell, mit sehr starker Ledersohle. **Nie wiederkehrende Gelegenheit** . . Gr. 27-30 **29⁰⁰** Gr. 31-35 **39⁰⁰**

Schnürstiefel, Spaltleder, vorzüglicher Strapazierstiefel Gr. 27-28 **59⁰⁰** Gr. 36-39 **69⁰⁰**

Schnürstiefel, prima naturfarb. Fahlleder, kräftige Böden, genäht, mit Zwischensohle, **für jede Witterung** Gr. 27-30 **79⁰⁰** Gr. 31-35 **89⁰⁰**

Mädchen-Schnürstiefel, prima Boxkalf, hoher Schaft, erstklassiges Fabrikat, vorzügliche Ausführung Gr. 27-30 **139⁰⁰** Gr. 31-35 **159⁰⁰**

Mädchen-Schnürstiefel, braun Boxkalf, hoher Schaft, besonders hübsch und kleidsam, sehr haltbar Gr. 27-30 **139⁰⁰** Gr. 31-35 **159⁰⁰**

Schnürhalbschuhe, prima schwarz Ross-Chevr. beste Ausführung, elegant und sehr dauerhaft Gr. 27-30 **79⁰⁰** Gr. 31-35 **89⁰⁰**

Schnürhalbschuhe, braun Rindbox, Derbyschnitt, beste Ausführung elegant und sehr dauerhaft Gr. 27-30 **119⁰⁰** Gr. 31-35 **139⁰⁰**

Knaben-Schnürstiefel, prima Rindbox, Derbyschnitt, vorzügliche Qualität, sehr dauerhaft und strapazierfähig, besonders preiswert Gr. 36-40 **119⁰⁰**

Turnschuhe mit Chromledersohle, vorschriftsmässig leicht und sehr haltbar . . Gr. 27-35 **31²⁵** Gr. 36-42 **36²⁵**

Sandalen

Leiser

Langgasse 73

4882

Volksfürsorge,

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
— Sterbekasse. —
Kein Policenverfall.
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Kl. Sportwagen
ohne Verdeck, zu verkauf.
Hopp, (†
Spendhausneugasse 8.

Kontrollkasse
National-Bondrucker, geg. bar zu kaufen gesucht. Angebote u. B. N. Q. 7104 a. Exp. d. Ztg.

Witwe
sucht Beschäftigung als Reinmachefrau oder Aufwärterin.
Offerten unter B 45 an die Expedition dies. Zeitung. (†

Strümpfe werden zum **anstricken** angenommen. **Koblelis,** Langfuhr, Labesweg 1, l. (†

Kl. möbl. Zimmer
am liebsten bei Parteigenossen, gesucht. Offerten unter 806 an die Exped. dieser Zeitung. (†

Norddeutscher Lloyd

OSTSEELINIEN

Norddeutscher Lloyd

Passagier-, Gepäck- und Expreßgüter-Verkehr mit Salon-Schnelldampfer „Grüßgott" und „Nymphe"

DANZIG-ZOPPOT-STOLPMÜNDE-SWINEMÜNDE :: DANZIG-PILLAU-LIBAU

Schnellste Schiffsverbindung mit Deutschland und Lettland
Wesentliche Ersparnisse durch Vermeidung der für den Landweg erforderlichen Paßvisa

Von DANZIG n. Swinemünde über Zoppot u. Stolpmünde { Mittwochs und Sonnabends
nach PILLAU und LIBAU . . . . . . Mittwochs
Änderungen vorbehalten

Nach DANZIG ab Swinemünde über Stolpmünde u. Zoppot { Montags und Donnerstags
ab LIBAU . . . . Montags
ab PILLAU . . . . Dienstags

Schnellste Reise Libau-Berlin über Königsberg

Eisenbahnanschlüsse an Schnell- und Personenzüge in Swinemünde nach und von Berlin in Pillau nach und von Königsberg | Eisenbahnfahrkarten in den Lloyd-Reisebüros und an Bord der Dampfer nach den größeren Plätzen Deutschlands | Gepäckabfertigung Bahnamtliche Abfertigung an Bord bis zur Endstation der Fahrkarte

Fahrkarten, Fahrpläne, Auskünfte:

In DANZIG: Norddeutscher Lloyd, Niederlassung Danzig, Hohes Tor (früher Hauptwache) Tel. 1777
„Baltropa" Internat. Reise- u. Verkehrsbüro G. m. b. H., Grünes Tor (Langermarkt) Tel. 1736
Olaf Lassen & Co., Stadtgraben 8
Adolf v. Riesen, Milchkannengasse 25-26
Verkehrszentrale, Stadtgraben 5
In ZOPPOT: „Baltropa" Internat. Reise- u. Verkehrsbüro G. m. b. H., gegenüber dem Kurhause

In STOLPMÜNDE: F. W. Koepke.
In LIBAU: Baltischer Lloyd, Dampfschiff-Ges., Rosenplatz 2
In KÖNIGSBERG: Norddeutscher Lloyd, General-Agentur Königsberg, Vordere Vorstadt 62
Reisebüro Robert Meyhoefer, Kneiphöfische Langgasse 60
In PILLAU: Norddeutscher Lloyd, General-Agentur Königsberg, Geschäftsstraße Pillau
Reisebüro Robert Meyhoefer (4345

Geschäfts- und Familien-

Drucksachen

werden schnell und sauber angefertigt

Danziger Volksstimme

Danzig, Am Spendhaus 6